

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

238 (14.10.1931)

Wir verteidigen, was errungen ist, wir halten den Boden, auf dem ein neuer Aufstieg der Arbeiterklasse möglich ist und kommen wird.

Die Rede des Reichskanzlers

In seiner Reichstagsrede führte Reichkanzler Brüning nach Dankworten an die zurückgetretene Reichsregierung aus: Die Leitung des Wehr- und Innenministeriums ist in einer Hand vereinigt. Mehr als je gibt es, zu einer einheitlichen Zusammenfassung der staatslichen Machtmittel gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen, zur Sicherung der Autorität des Reiches und zur Festigung des Vertrauens nach innen und außen und für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu streben. Das Justizministerium ist in die Hände eines Mannes gelegt, der seit einem Menschenalter dem Staate in schwerster Zeit besonders treu und erfolgreich gedient hat.

Die Leitung des Außenministeriums wird in meiner Hand liegen. Ich werde die Außenpolitik im Geiste der Besprechungen der letzten Monate, vor allem der jüngsten deutsch-französischen in Berlin, fortführen. Die Reichsregierung erwartet das Heil nicht allein durch internationale Verhandlungen. Ich glaube, daß ein gewisser Fortschritt für Deutschland in der letzten Zeit erzielt worden ist. Allen Völkern sollte vor Augen geführt werden, daß das Schicksal eines Staates mit dem Schicksal der Nachbarn verflochten ist. Kein Staat kann auf die Dauer einen wirklichen Vorteil aus der Not der anderen Länder erwarten. Die verwerflichen Folgen politischer Maßnahmen ohne wirtschaftliche Gegenleistung haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in unabsehbare Bedrängnis geführt.

Unmittelbare und offene Aussprache, wie sie in Genua, Berlin, London, Rom gepflogen wurden und weiterhin zu führen sind, sollen den Weg zwischen den Nationen ebnen. Es muß die Möglichkeit gefunden werden, klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Nachbarn zu schaffen. Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Bewirkung des Grundabzuges der

Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern. Es wird in kurzer Frist ein neues Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet werden. Als ersten Punkt hat das Programm die Frage der Stabilität der Währung.

Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes der Tilgung der kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage. Die Zinsenkung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Stabilisierung der Produktion, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen. Die Sozialpolitik muß derartig gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbreiteten Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nicht vorbeigegangen werden. Das gilt auch für den

Tarifgebieten, der erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Mit einer solchen Politik muß Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gesunkenen Kaufkraft im Inlande schnell angepaßt werden muß. Eine Verzinsung und Tilgung der kommerziellen Schulden des deutschen Volkes ist nicht möglich, wenn den deutschen Waren die Weltmärkte in fortschreitendem Maße gesperrt werden. Diese vielfach befolgte Politik führt zu einer Zerrüttung der Weltwirtschaft, an deren Ende die völlige Verarmung aller Völker stehen wird. Die Reichsregierung ist gewillt, alle Schritte zu tun, um einer solchen Politik zu begegnen. Ebenso klar ist sie sich allerdings darüber, daß die Bedeutung des Binnenmarktes in der kommenden Zeit vergrößert in den Vordergrund treten wird. Diesem Ziele dienen auch die beschleunigten Siedlungen auf dem Lande und dem Vorfeld der Städte, die gleichzeitig eine seelische Entlastung von dem Druck der Arbeitslosigkeit bringen soll.

Alle im Inlande vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das Letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit den vorhandenen und einfallenden Devisenbeständen sparsam zu wirtschaften. Einschränkungen der Einfuhr werden im Wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft, die vorwiegenden Bedürfnisse ausreicht und zu angemessenen Preisen decken kann. Damit entspricht die Reichsregierung auch den Wahnungen der wackeren Sachverständigen.

Der Weg, den das deutsche Volk zu gehen hat, ist uns klar vorgezeichnet. Er ist hart und schwer, aber auch keinem anderen Volke bleiben harte Maßnahmen erspart, bis zu dem Tage, an dem die Not die Völker der Welt zu einheitlichen Maßnahmen gezwungen hat.

Der Weg kann nur zu Ende gegangen werden, wenn unser Volk die Ueberzeugung hat, daß die Lasten gleichmäßig verteilt und Gerechtigkeit und Verantwortungsbewußtsein überall wiederhergestellt sind.

Die Öffentlichkeit muß die Gewißheit haben, daß Auswüchsen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen. Aus diesem Grund sind durch mehrere Notverordnungen eine Reihe von scharfen Maßnahmen getroffen, die dem arbeitssamen und ordnungsliebenden deutschen Volke die Gewißheit geben sollen, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist.

Das Volk und vor allem die Jugend muß vor dem Eintreten der Zerkleinerung geschützt und von dem Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein.

Die Reichsregierung wird alle Kraft in den Dienst zur vornehmsten Aufgabe, zur Rettung des Vaterlandes, stellen.

Im Anschluß an die Verlesung der Erklärung führt Reichkanzler Dr. Brüning noch in freier Rede aus, es sei notwendig, über einige Vorgänge der letzten Zeit eine offene Aufklärung zu geben. Die Verschärfung der Krise habe in letzter Zeit zu einem Zustand geführt, wie ihn die moderne Geschichte der Wirtschaft noch nicht gekannt hat. Ich kann

mit Bestimmtheit feststellen, daß jetzt auch aus den Kreisen der Reichsopposition nicht mehr das Bestehen einer Weltkrise gelangt wird.

Die rücksichtslose Agitation dieser Kreise ist zerstört worden durch die Ereignisse des letzten Sommers. Überall wird jetzt eingesehen, daß die ganze Welt in einer ganz außergewöhnlichen Situation steht.

Außergewöhnliche Verhältnisse machen außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich. Wir in Deutschland haben uns der Situation schneller angepaßt als andere Länder. Die deutsche Regierung hat sich früher unpopulär gemacht als andere, sie hat es aber dadurch dem Volke erspart, es mit einem Schläge vor ganz umfängliche Maßnahmen zu stellen. Man hat mich einen Idioten genannt; aber ich frage, wo unser Volk heute stünde, wenn ich im Sommer dem Drängen nachgegeben und das Kabinett oder den Bahnschluss ausgedrückt hätte. (Lebhafter Beifall.)

Ich lasse mich lieber jeden Tag als Landesverräter beschimpfen, als daß ich die Nerven verliere und von dem Wege abweiche, den ich eingeschlagen habe.

An dem Tage, an dem der Reichstag es von mir verlangt, würde ich sofort demissionieren. (Beifall.) In dieser schweren Zeit des Vaterlandes wäre es ein nationales Erfordernis, daß sich eine Regierung aller verantwortungsbereiten Parteien zusammenfindet. Ich würde bereit sein, in einer solchen Regierung den kleinsten und niedrigsten Posten anzunehmen. Leider Gottes ist die Bildung einer solchen Regierung in Deutschland ausgeschlossen. In der schicksalshen Zeit unseres Volkes sind unsere Parteien nicht zur Zusammenarbeit bereit, sondern sie richten lieber Fronten gegeneinander auf, als sich zusammenzufinden in der simplen und einfachen Pflichterfüllung für das ganze Deutschland. (Beifall.) Daraus habe ich mich entschlossen

eine Regierung zu bilden, die noch unabhängiger von Parteien und Fraktionsbefehlen ist als die frühere. Wenn von einzelnen Organen der Rechten der Regierung die Schuld an der Bankentriebe

ausgehoben wird, so möchte ich darauf antworten: Seien Sie vorsichtig, sonst könnte ich vielleicht von dieser Tribüne aus sehr deutlich werden. (Zurufe von den Kommunisten: Werden Sie doch deutlich, was haben Sie denn für Geheimnisse mit der Rechten?) Wenn die Rechte gegen die Notverordnung stimmt.

So wäre es politisch sehr interessant, wie die Nationalsozialisten eine Ablehnung der Bestimmungen der Notverordnung über die Bankenkontrolle oder über die Kürzung der hohen Pensionen verantworten wollen.

Andererseits muß ich zur Ehre der deutschen Banken erklären, daß man nicht ihre Organisation oder ihre Wirtschaft für die Bankentriebe verantwortlich machen kann. Wenn in einer außergewöhnlichen Notzeit ein allgemeiner Run auf die Banken eintritt, so ist dem auch das gelindeste Institut nicht gewachsen. Notwendig ist zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den Unternehmern und den Arbeitnehmern. Es ist notwendig und nützlich, wenn

beide Teile ihr Programm dazu vorlegen. Es ist freilich nicht geschickt, wenn die Wirtschaft mit ihrem Plan ein Programm verbindet, das in dieser Form der Veröffentlichung geeignet ist.

die gesamte Arbeitnehmerschaft in einer Einheitsfront gegen dieses Programm zusammenzuschließen.

Es geht nicht so, daß man nur und ausschließlich die Gesundung von immer weiteren Lohnsenkungen erwartet. Die Reichsregierung geht den Weg der Anerkennung der Nützlichkeit. Nahrungsmittel haben wir genügend. Für die öffentlichen Finanzen ist Vorlage getroffen, und es müßte merkwürdig zugehen, wenn das deutsche Volk nicht den Lebenswillen und politischen Instinkt hätte, um auch über diesen Winter hinwegzukommen. Wir sind entschlossen, die Dinge bis zu dem Augenblick fortzutragen, wo eine internationale Zusammenarbeit kommen muß.

Ich habe Ihnen mein Programm gesagt. Sie, die Parteien, tragen nun die Verantwortung für das, was kommen wird. Von den Mittelparteien kommen am Schluß der Rede lebhaftest Befürchtungen. Der kommunistische Abg. Grube wird für zwei Tage wegen Kränkens von den Sitzen ausgeschlossen.

Die angeführten Mißtrauensanträge der nationalsozialistischen und der deutschnationalen Reichstagsfraktionen sind am Reichstag eingegangen. Sie lauten übereinstimmend: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen.“

Ebenso lautet der kommunistische Mißtrauensantrag vor. Gegen 4 1/2 Uhr vertagt der Reichstag die Aussprache über die Regierungserklärung auf Mittwoch 12 Uhr.

Als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion wird der Abgeordnete Dr. Weisfeld bei Beginn der Sitzung am Mittwoch das Wort erteilen. Zum zweiten Redner wurde der Abgeordnete Aufhäuser bestimmt.

Starker Eindruck der Kanzlerrede

Optimistische Ausichten für eine Mehrheit im Reichstag. Berlin, 13. Okt. Im Reichstag haben nachmittags und abends noch eine Reihe von Fraktionsjungen stattgefunden. Sie hatten naturgemäß den Zweck, zu der Regierungserklärung und der Rede des Reichskanzlers Stellung zu nehmen und die Ausführungen der Fraktionsredner zu besprechen. Auch bei diesen Beratungen machte sich, wie in den Pressestimmen, der starke Eindruck geltend, den Dr. Brüning heute im Reichstag erzielt hat. Die Rede wird allgemein als ein persönlicher Erfolg bezeichnet. Das hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß der Kanzler diesmal mit seinem Temperament aus sich herausging, wie er es bei öffentlichen Reden bisher noch nicht an dem Tag geleistet hat. Neben dieser offenen und ungeschämten Deutlichkeit ist noch bemerkenswert, daß Brüning heute im Gegensatz zu seiner sonstigen festlichen und pessimistischen Einstellung zum ersten Male angedeutet, daß die Auswüchsen der Weltwirtschaft nicht nur ein Hindernis für die deutsche Wirtschaft sind, sondern auch ein Hindernis für die Weltwirtschaft. In parlamentarischen Kreisen rechnet man heute abend noch stärker als bisher damit, daß das Reichskabinett seine Mehrheit finden wird.

Der Vorwärts erklärt, daß die Sozialdemokratie nicht das Spiel Hitlers und Hugenburg spielen werde, sie werde für Brüning stimmen. Brüning sei keine Kampfnatur, mit seinem Herzen eher rechts als links. Trotzdem habe er eine leidenschaftliche Rede gehalten, die den Rechten. Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum wird voraussichtlich am Freitag abend, spätestens am Samstag stattfinden, so daß sich der Reichstag also noch in dieser Woche vertagen würde.

Konferenz der gesamten Wirtschaft gegen Wirtschaftskrise

Hindenburg übernimmt den Vorsitz. Reichspräsident v. Hindenburg hat an den Kanzler einen Brief geschrieben, in dem es u. a. heißt: In tatkräftiger Fortführung bereits getroffener Maßnahmen müssen grundlegende Entschlüsse gefaßt werden, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Es erscheint mir geboten, zur abschließenden Begutachtung dieser für unser Volk lebenswichtigen Fragen einen kleinen Kreis führender Sachverständigen aus den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens, auch Vertreter der Arbeitnehmer, als Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung einzuladen, der mit ihr zusammen das gesamte Gebiet der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme berät, mit dem Ziel, zu einheitlichen Vorschlägen zu gelangen. Ich hoffe und vertraue, daß in enger Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und diesem Wirtschaftsbeirat Wege gefunden werden, die das deutsche Volk in einmütigen Zusammengehen und Zusammenwirken aus der schweren Wirtschaftskrise herauszuführen werden. Ich bin bereit, in den gemeinsamen Sitzungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsvertreter persönlich den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen.

In politischen Kreisen wird der Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler über die Einberufung eines Wirtschaftsbeirates beim Reichskabinett als eine Absage an die Harzburger betrachtet.

(Fortsetzung von der 2. Spalte der 1. Seite.)

Die sozialdemokratischen Forderungen

Reichsmonopolverwaltung für Branntwein möglichst verringert wird. Einen Wall gegen Lohnabbau und Zerschlagung des Tarifsystems will der sozialdemokratische

Antrag zum Tarifrecht

ausrufen. Er verlangt von der Reichsregierung, „alle Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aufhebung des Tarifrechtes abzulehnen, insbesondere sind die Angriffe auf die Unabhängigkeit des Tarifrechtes abzuwehren.“

Besonders wichtig ist auch der Antrag zur entscheidenden Abänderung der Bestimmungen der Notverordnung über die Einschränkung von Ausgaben der öffentlichen Verwaltung. Auf Grund dieser Vorchrift könnte die Reichsregierung ohne den Reichstag, ja sogar ohne Notverordnung, durch einfachen Verwaltungsakt die Leistungen sämtlicher Sozialversicherungen herabsetzen. Ebenso könnten die Landesregierungen ihren Gemeinden vorschreiben, was sie für Ausgaben zu machen haben und auf diese Weise insbesondere die Senkung der Wohlfahrtsunterstützungen erzwingen. Die Sozialdemokratie verlangt daher die glatte Streichung dieser Bestimmungen.

Die dritte Gruppe der sozialdemokratischen Anträge umfaßt die wirtschaftspolitischen Forderungen

In ihnen zeigt die Sozialdemokratie, wie auf dem Wege zur Gemeinschaft die Ueberwindung der Krise und der Arbeitslosigkeit angeht werden kann. Ihr Hauptvorstoß ist gegen Kartelle und Monopole, auch auf die Senkung aller Preise, insbesondere der Lebenshaltungskosten gerichtet.

Der Antrag gegen die hohen Preise

lautet folgendermaßen: „Der Reichstag wolle beschließen: 1. Maßnahmen zu treffen zur Senkung der überhöhten Kartellpreise, namentlich für Eisen, Kohlen, Zement, Düngemittel und Betriebsstoffe.“

2. Maßnahmen zu treffen gegen Preiserhöhungen, die auf dem Gebiet der Lebensmittelerzeugung und der Versorgung mit Gegenständen und Leistungen des täglichen Bedarfs durch Preisbindungen von Innungen oder von Verbänden, die sich mit den Preisen der Innungen decken, hervorgerufen werden oder die auf Preisbindungen nachstehender Wirtschaftsklassen beruhen.

Die Einführung einer wirksamen Monopolkontrolle und Kartellkontrolle vorzubereiten im Sinne des Entwurfs eines Kartell- und Monopolesetzes nach dem Antrag Nr. 439 Dr. Weisfeld und Genossen vom 5. Dezember 1930.“

Diese Forderungen zur Kartell- und Monopolkontrolle werden ergänzt durch einen Antrag über die Reform des Aktienrechts. Dieser Antrag will mit den Mißständen aufräumen, die sich bei den Bezugsaktien und mit dem Depotrecht der Banken herausgebildet haben und bei einer Ursache für die allgemeine kreditbedingende Vertrauenserschütterung sind.

Gleiche Verteilung der Lasten und wirksame Heranziehung der Besitzenden ist auch der Leitgedanke der sozialdemokratischen Anträge zur

Finanzpolitik

Die früheren Notverordnungen haben den breiten Massen schwere Opfer auferlegt und ihnen wichtige finanzielle Rechte, wie z. B. die Lohnsteuerrückstellungen geraubt. Deshalb wäre es nur recht und billig, wenn endlich auch die besonderen Begünstigungen bei den Einkommens- und Körperschaftsteuern wieder aufgehoben und die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse bei der Einkommensteuer muß auf die Einkommen bis zu 8000 Mark beschränkt werden. Weitere Anträge betreffen den vergrößerten Kampf gegen die immer mehr über Hand nehmende Kapital- und Steuerlast. Die Regierung wird erneut aufgefordert, in Verhandlungen über den Abschluß von Reichshilfsverträgen mit den auswärtigen Staaten einzutreten. Je mehr die Kapital- und Steuerlast zu einer internationalen Erleichterung geworden ist, umso größer wird auch das Interesse der anderen Staaten am Abschließen solcher Verträge. Ueberdem muß endlich dafür gesorgt werden, daß sich die großen Einkommensbezieher dem größten Teil ihrer Steuerpflicht nicht einfach dadurch entziehen können, daß sie ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen.

Hilfe für die Mieter

Besondere Anträge hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Aufrechterhaltung der Hauszinssteuer und zur Sicherung des Wohnungsbaues gestellt. Die neue Notverordnung lenkt die Hauszinssteuer zu Gunsten der Hausbesitzer um 20 v. H. und macht damit eine Fortführung des öffentlichen Wohnungsbaues fast völlig unmöglich. Die Sozialdemokratie verlangt:

1. daß die allgemeine Senkung der Hauszinssteuer um 20 v. H. wieder aufgehoben wird und es bei der individuellen Regelung auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 bleibt,

2. daß die Erträge der Hauszinssteuer im bisherigen Umfang für den Kleinstwohnungsbau verwendet werden,

3. daß die kleinen Hausbesitzer mit Häusern unter 5000 Mark Friedenswert von der Hauszinssteuer befreit werden, und

4. daß die Mietern der kleinen Neubauwohnungen durch Steuerbefreiung, Zinsbindung, Zinszuschüsse usw. gesiegt werden.

Neben der Hilfe für die Mieter tritt die Hilfe für die Pächter

Viele kleine Pächter haben in den letzten Jahren Pachtverträge abgeschlossen, die infolge der allgemeinen Preissteigerung für sie eine außerordentlich drückende Last geworden sind. Um sie von dieser Last zu befreien, stellt die sozialdemokratische Fraktion einen allgemeinen Antrag auf Senkung der kleinen Pächten um 20 v. H. vor. Dieser Antrag hat besonders für das plattdeutsche Land eine große Bedeutung.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokratie verlangt die Senkung des Zuckerpfeises um 3 Mark je Doppelpfund. Infolge der Veredelung des Zuckerzolls durch die Notverordnung vom 5. Juni ist auch der Kleinstzuckerpreis für Zucker gestiegen. Um die Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels zu verhindern, soll durch die Senkung des Zuckerpfeises die Landwirtschaft und Industrie zu den Lasten der Zollherabsetzung herangezogen werden.

Südwestdeutschlands Gewerkschaften im Abwehrkampf

Vierte ordentliche Bezirkskonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die vierte ordentliche Bezirkskonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk I (Württemberg-Hohenzollern, Baden und Pfalz), die am Samstag und Sonntag im großen Saal des Gewerkschaftshauses zu Stuttgart stattfand, vereinte fast 200 Funktionäre der freien Gewerkschaften Süddeutschlands und zahlreiche Ehrengäste zur Beratung der großen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die durch die harte Not der Gegenwart so brennend geworden sind. Einen würdigen Auftakt zu den Beratungen bot der feierliche Vortrag der „Freiheits“-Duvetüre durch ein Orchester der arbeitslosen Musiker des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Musikerbundes, Namens des Einberufers begrüßte Jakob Weimer die Delegierten und Gäste, unter ihnen viele Vertreter befreundeter Organisationen und der Behörden. U. a. ist der badische Innenminister Meyer persönlich erschienen. Die württembergische Regierung ist durch Oberregierungsrat Gögler und durch Regierungsrat Berlich vertreten. Namens der Stuttgarter Organisation begrüßte W. Endreß die Konferenz. Nach der Konstituierung erhält zum Geschäftsbericht Jakob Weimer das Wort:

Der Geschäftsbericht

Das außerordentlich düstere Bild der wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Arbeiterklasse, wie wir es bereits anlässlich unserer letzten Bezirkskonferenz im Oktober 1928 in Heilbronn kennengelernt hatten, hat sich während der vergangenen Jahre in einem Ausmaß verschärft, wie es niemand ahnen konnte.

Die letzten Jahre zeigen am besten den ungeheuren Wertsinn der heutigen Wirtschaftsentwicklung und die ganze Ohnmacht der proletarischen Wirtschaftsführung.

Trotzdem die Arbeiterklasse durch ein einziges Meer von Not und Entbehrung schreiten mußte, spricht es für die Größe und innere Stärke der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie trotz dieser Not und der vielen Gefahren auch heute noch stark und machtvoll da steht; ununterbrochen führten wir einen zähen Kampf, um noch größere Gefahren für die Arbeiterklasse abzumindern.

Nicht unbedeutende Teile der Arbeiterklasse sind heute in dem großen Sturm befangen, das es nur einer kraftvollen Aktion der großen Millionen-Gewerkschaften bedürfte, um den ohnehin dankeberühmten Kapitalismus seiner bedeutenden und unheilvollen Rolle im Werden und Leben der Völker zu entheben.

Diese Teile der Arbeiterklasse haben die sehr einfache und mechanische Auffassung, daß dieser Kapitalismus etwa durch eine Revolution an die Wand zu drücken sei, und daß dann der sozialistische Staat aufgebaut werden könnte.

Auf diese durchaus irrtümliche Einstellung sind die unglückseligen Auseinandersetzungen in der Arbeiterklasse, ist der Bruderkampf, der gerade gegenwärtig in den gefährlichsten Formen geführt wird, und ist im wesentlichen der Mangel einer einheitlichen Front der Arbeiterklasse zurückzuführen.

Wer aber die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung kennt, der wird der Meinung sein, daß

die erste Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse in der Erhaltung und Schaffung zahlenmäßig größter und innerlich aus einem Guß bestehender freigewerkschaftlicher Organisationen ist.

Es ist unbestritten, daß unsere Position augenblicklich eine recht ungünstige ist, und daß wir im Verlauf meiner Berichtszeit sehr stark in die Defensive gedrängt worden sind.

Die ungeheure Schärfe dieser Entwicklung und ihr Einfluß auf die Gewerkschaften zeigt sich am besten darin, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Arbeiterklasse, ist der Bruderkampf im Jahre 1928 8,6 Prozent, im Jahre 1929 13,3 Prozent, im Jahre 1930 bereits 23 Prozent betragen hat, während sie im Februar dieses Jahres 34,8 Prozent betrug und in diesem Augenblick nahezu 60 Prozent ausmachen dürfte. Bei der Würdigung der Krisenursachen ging der Redner kurz auf die Umwälzungen in der Volkswirtschaft und Weltwirtschaft ein.

Wohin es, so fragte er, einen besseren Gradmesser für den Wertsinn der kapitalistischen Wirtschaft, als die stabilisierte Millionenerwerbslosigkeit, die eine gewaltige Not aberlautenden proletarischen Familien bringt?

Die besondere deutsche Not ist wesentlich mit darauf zurückzuführen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik verjagt, hingeworfen werden muß auf die verheerenden Wirkungen der Preispolitik der Kartelle und Syndikate, auf die verschwenderische Subventionenpolitik und auf die Komödie mit der Preisfestsetzung, auf die vollkommen verfehlte staatliche Schlichtung und auf die brutal anmutende Verschärfung der Kaufkraft des Volkes.

Diese Maßnahmen gingen von dem rein reaktionären Grundgedanken aus, die Lohn- und Sozialpolitik auf ein für die Unternehmer und gefährliches Niveau herabzubringen.

Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise ist eine Preislenkung von knapp 10 Prozent eingetreten, der eine Lohnlenkung von rund 40 Prozent gegenübersteht. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 1930 sind rund 3 Milliarden Mark Arbeiterentlohnungen geschwunden.

Trotzdem fallen die Arbeitgeber jetzt erneut mit geradezu hysterischem Getöse über die angeblich überhöhten Löhne her. So sehr wir Verluste zugeben müssen, gleichwohl ist festzustellen, daß ohne Gewerkschaften auch nicht einmal der heutige gewiß ungenügende Stand der Löhne hätte gehalten werden können.

Die Arbeitslosigkeit selbst, so groß sie heute ist, nahm zwar in Württemberg nicht ganz die katastrophale Entwicklung an, wie beispielsweise in Baden und teilweise auch in der Pfalz. In Württemberg wurde infolge der vorhandenen Spezialindustrie in vielen Fällen an Stelle umfangreicher Arbeiterentlohnungen eine sehr ausgedehnte Kurzarbeit eingeführt. So man kann sagen, Württemberg ist das typische Land der Kurzarbeit.

Die Arbeitslosigkeit selbst stieg im Bereich des Südwestdeutschen Landesamts von 130 058 Ende 1928 auf 256 122 im Februar 1929, samt Mitte 1929 auf 144 261, um von 189 244 im Februar 1930 heute die Zahl von rund 240 000 Arbeitssuchenden zu erreichen.

Die ständigen Bemühungen des Bezirksausschusses, die öffentliche Hand für Arbeitsbeschaffung zu interessieren, zeigten sich deshalb ununterbrochen fort.

Ständig begehrten dann wir dem Einwand, daß es zur großzügigen Durchführung solcher Arbeiten an den notwendigen Mitteln fehle. Aber oft hatte ich aus diesen Verhandlungen den Eindruck, daß die wahre Ursache häufig in der mangelnden Erkenntnis für den Ernst der wirtschaftlichen Situation zu suchen war. Es zeugt dennoch für einen gewissen Erfolg unserer Bemühungen, wenn in Württemberg und Baden zusammen im Jahre 1928 im Monatsdurchschnitt 1684, im Jahre 1929 2383, im Jahre 1930 3020 und im Jahre 1931 4320 Notstandsarbeiter beschäftigt wurden. In

der Pfalz waren am 15. Dezember 1928 551, im Juli 1929 1195 und im Juli vorigen Jahres 533 Notstandsarbeiter beschäftigt. Es gibt eine Menge notwendiger Arbeiten, beispielsweise bei der Reichsbahn; die Straßen bedürfen vielfach der Verbesserung und neue Straßen sollten gebaut werden. Das öffentliche Baugeschäft ist heute nahezu stillgelegt, weil den Gemeinden die erforderlichen Kredite vorenthalten werden; dabei ist es bezeichnend, daß im Baugeschäft — also in jener Industrie, die in erster Linie in der Lage ist, die Krise zu mildern — in kurzer Zeit ein Produktionsrückgang bis zu 60 Prozent zu verzeichnen ist. Auch in den Staatsforsten und vielen anderen Stellen könnten recht nützliche Arbeiten in Angriff genommen werden.

Der Arbeiter will nicht in erster Linie Unterstützung, sondern Arbeit.

Dabei müssen wir natürlich nach wie vor alles daransetzen, die Arbeitslosen durch eine ausreichende Unterstützung vor dem völligen Untergang zu retten. Die Arbeitslosenversicherung ist seit dem Frühjahr 1929 einem ununterbrochenen Bombardement ausgesetzt, das noch bis heute anhält. So schwer mittels Notverordnungen, gegen deren unsozialen Charakter wir immer gekämpft haben, die Arbeitslosenversicherung ramponiert wurde, so gering und ungenügend die heutigen Unterstützungssätze sind und so sehr eine anglistische Verwaltungsbürokratie das Gesetz boga-tellisiert, die vorerorenen Positionen können wir in besseren Zeiten wieder zurückerobern.

Wären aber erst einmal — wie es die Unternehmer wollen — die Fundamente des Gesetzes zerstört, und damit eine gefährliche Breche in die gesamte Sozialversicherung geschlagen, dann glaube ich, wäre der Schaden schwerer reparierbar.

Vor allem müssen wir darauf achten, daß die Arbeitsämter und das Landesarbeitsamt dem Gesetz eine vernünftige und soziale Auslegung geben. Darauf waren die Bemühungen des Bezirksausschusses ständig gerichtet, ohne daß wir dabei immer Erfolg hatten. Diese Selbstverwaltung innerhalb der Reichsanstalt ist im Laufe der Jahre zu einer recht fragwürdigen Angelegenheit geworden.

Schrittweise an die Beratung des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland über die Krisenfürsorge vom 13. November 1930, durch die arbeitslose verheiratete Frauen von der Unterstützung ausgenommen waren und dann erst wieder auf unser Betreiben unter gewissen Voraussetzungen ihren Anspruch bekamen.

Die Auslegung des Gesetzes an sich, die Kurzarbeiterverordnung, die Verordnung über die Krisenfürsorge und die Sonderregelung bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit, die Richtlinien zu § 89 a ufm. erfordern viele Eingaben und Verhandlungen.

Unausprechbar aber ist das Elend für die jugendlichen Arbeitslosen.

Tausende, gerade der Schule entwachsene Mädchen und Jungen, viele tausende, ausgerüstet mit den Kenntnissen einer Lehre und einem großen Verlangen nach Weiterbildung und Betätigung, sind zu verderblichem Nichtstun verdammt. Das heutige Wirtschaftssystem mit seiner permanenten Krise verdrängt die jungen Menschen nicht nur alle natürlichen und wertvollen seelischen Regungen, sondern macht sie, was das fürchterlichste ist, frühzeitig zu verbitterten Menschen. Wir haben deshalb von allem Anfang an erkannt, daß die besondere Betreuung dieser Jugendlichen eine sehr wichtige Aufgabe ist. Die von den Arbeitsämtern unter unserer Mitwirkung durchgeführten Kurse sind sehr zu begrüßen und zeitigen auch im allgemeinen erfreuliche Resultate. Wir müssen aber auf diesem Gebiet noch mehr tun.

Ich beschäufliche, im kommenden Winter mit Hilfe des Landesarbeitsamts besondere Kurse der einzelnen Berufsorganisationsgruppen nach der technischen und wissenschaftlichen Seite durchzuführen, um so die Jugendlichen für nützliche Zwecke zu interessieren.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist durch den § 139a des WABG, gewissermaßen eine legale Angelegenheit geworden, die unter dem Segen der Reichsregierung steht. In Württemberg hat dieser staatlich sanktionierte Arbeitsdienst einen Vorläufer in den Bestrebungen des Volksbundes zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der seinen Sitz in Reutlingen hat.

Arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftlich ist der Arbeitsdienst bestimmt bedeutungslos, weil er seinem ganzen Aufbau nach eine Erleichterung für die Arbeitslosigkeit nicht bringen kann. Das erzieherische Moment braucht man zwar nicht zu unterschätzen, doch kommt es auf den Inhalt der pädagogischen Bemühungen an. Diese werden antilokalistisch sein, wie überhaupt der Arbeitsdienst praktisch eine sehr große Gefahr für die Lohnpolitik der Arbeiterklasse zu werden droht.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist deshalb nach meinem Dafürhalten ein Symptom dieser Zeit. Mag er als vorübergehende Erscheinung da sein, wir haben jedenfalls keine Ursache, aus solchen Nebenrichtungen eine Tugend zu machen.

Die Bemühungen des Bezirksausschusses waren bei allen zuständigen staatlichen Stellen auf die Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Dazu haben wir in einer ausführlich begründeten Denkschrift an die einzelnen Landesbehörden unseres Bezirks eingehende Stellung genommen und nachgewiesen, daß die 40-Stundenwoche ein geeignetes Mittel ist, die vorhandene Arbeit besser zu verteilen. Leider blieben diese Bemühungen, wie überall im Reich, erfolglos.

Vor allem das Württ. Wirtschaftsministerium stellte sich auf den Standpunkt, daß in dieser Frage andere Länder, bei denen die Arbeitslosigkeit noch größer sei, wie in Württemberg, voranzugehen müßten. Es ist höchste Zeit, daß die Reichsregierung auch in dieser Frage aus dem Stadium der Erwägungen und Vorbereitungen zu einem positiven Resultat kommt.

Vor allem bei der württembergischen Gewerbe- und Handelsaufsicht müssen wir es heute noch beklagen, daß der Heranziehung von Gewerkschaftsvertretern bei Stillelegungsverhandlungen teilweise immer noch Schwierigkeiten entgegengestellt werden.

Beklagen müssen wir auch, daß dem Jugendlichenschutz von den Gewerbeaufsichtsbehörden nicht immer die Bedeutung geschenkt wird, die er verdient. Immer wieder mußten wir Uebergeit- und Nachtarbeit auch der jugendlichen Arbeitnehmer feststellen und bedauerlicherweise konnte dieses Übel bis zum heutigen Tag nicht ausgerottet werden, jedenfalls haben wir den Eindruck, daß

die Gewerbeaufsicht den Anforderungen dieser letzten Zeit in vielen Fällen nicht gerecht geworden ist.

Der Badische Landtag hat unserem Ersuchen auf Anstellung von Derbetkontrolloren aus unseren Kreisen in betriebsbetriebsweise Rechnung getragen, während dies für Württemberg nicht konstatiert werden kann; auch in der Pfalz sind unsere Bemühungen nach dieser Richtung gescheitert.

An die Reichsregierung fällt auch die Neuberufung der Arbeitsrichter. Auf Grund unserer Erfahrungen haben wir die Gelegen-

heit ausgenützt, bei den Regierungen auf einen Abbau wenig beschäftigter Arbeitsgerichte zu drängen. Dies ist uns erfreulicherweise auch gelungen; allein in Württemberg sind die Landesarbeitsgerichte Heilbronn, Ravensburg und Reutlingen und die Arbeitsgerichte Baihingen a. d. Enz, Saulgau und Jorb abgebaut und benachbarten Gerichtsbehörden angeschlossen worden. Bei der Aufstellung der neuen Arbeitsrichter und der Berufung von Beisitzern zu den Schlichtungsausschüssen hat das Bezirkssekretariat führend mitgewirkt.

Die an sich vielfach berechtigte Kritik an der staatlichen Schlichtung ist von gewissen Kreisen dazu benützt worden, auf eine Aufhebung des Schlichtungswesens zu drängen. Diese Forderungen schießen jedoch weit über das Ziel hinaus und beachten vor allem nicht, daß das Schlichtungswesen gerade in der heutigen Zeit in vielen Fällen leider nicht entbehrt werden kann.

Schon die Tatsache, daß auch die Unternehmer die Befolgung des Schlichtungswesens betreiben, müßte einen wirksamen Druck auf die Arbeitgeberinteressen bei solchen Forderungen zur Vorsicht mahnen.

Diese Bemertung enthebt mich aber nicht der Aufgabe, mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß auch wir die Aufgabe der staatlichen Schlichtung anders ansehen, als sie in den vergangenen Jahren in vielen Fällen geübt worden ist.

Lohnabbauverfahren sollen und dürfen die Schlichtungsinstanzen nicht sein, sondern sie sollen unabhängig von kapitalistischen Einflüssen objektiv ihre Schlichtungsprüche ertlassen.

Wir sind leider nicht immer in der Lage, gerade bei unseren südwestdeutschen Schlichtungsinstanzen diese Voraussetzungen festzustellen, so daß wir alle Ursache haben, gegen die Verwässerung des Schlichtungsgedankens unsere warnende Stimme zu erheben.

Der Ausgang der Betriebsratswahlen in den letzten drei Jahren bringt deutlich zum Ausdruck, daß die Interessenerrettung der Arbeiterklasse weit überwiegend bei den freigewerkschaftlichen Vertrauensleuten liegt. Der freigewerkschaftliche Einfluß bei den Betriebsräten hat von Jahr zu Jahr eine Stärkung erfahren.

Bereits Ende des Jahres 1929 sind wir an sämtliche Präsidenten der Oberversicherungsämter unseres Bezirks mit einem Antrag auf Erhöhung der Ortslöhne herantreten und haben im Durchschnitt eine Erhöhung um circa 15 Prozent erreicht.

Unsere Bemühungen um eine den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßte Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge nach § 160 WABG sind teilweise gescheitert, aber bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen.

Der Erlass der Verordnung über Berufskrankheiten vom Februar 1929, durch den die Liste der einschüdigungspflichtigen Berufskrankheiten von 11 auf 22 erhöht wurde, ist sowohl gewerkschaftlich wie auch sozialpolitisch ein bedeutender Fortschritt.

Die Minderung in der Invalidenversicherung durch das Gesetz vom 12. Juni 1929 und die damit erreichte Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung sowie das am 1. April 1929 erfolgte Inkrafttreten der Richtlinien über die Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung dürfen in ihrer Wirkung gleichfalls nicht unterschätzt werden. Wir haben jedenfalls sofort in unserem Bezirk auf rascheste Durchführung der Neuerungen gedrängt.

Diese Dinge werden allerdings wiederum überschattet von der Notverordnungspolitik der Reichsregierung in den letzten Monaten.

Vor allem die Juni-Notverordnung enthält für die Arbeiterklasse ungeheure Zumutungen. Sie beläßt gerade uns als Gewerkschaften schwer. Es ist aber doch so, daß wir schließlich nicht in der Lage waren, dieses Unrecht ganz zu verhindern. Da ich bin sogar überzeugt, hätten wir dazu die uns so viel angeratenen Gewaltmittel gebraucht, dann würden wir mit aller Wahrscheinlichkeit heute noch ganz andere Notverordnungen haben.

Not und Krise konnten uns nicht davon abhalten, die Schutz unserer Funktionäre energisch fortzusetzen. Besonders die Wochenendkurse haben allgemein Anklang gefunden. Das Bezirkssekretariat hat in der Berichtszeit allein 27 Wochenendkurse für die Arbeits- und Landesarbeitsrichter, für die Beisitzer der Arbeitsämter, für unsere Jugendführer und für die Betriebsräte, und zwar länderweise veranstaltet.

Die Zusammenarbeit sowohl mit den Ortsausschüssen, wie mit den Gau- und Bezirksleitern war in der Berichtszeit die denkbar beste. Der Mitgliederrückgang ist unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse verschwindend und deshalb absolut keine auffallende Erscheinung. Um so mehr habe ich bedauert, daß nach den statistischen Erhebungen des Bundesvorstandes im Jahrbuch 1930, Seite 275, in unserem Bezirk ein Mitgliederrückgang von 13,1 Prozent festgehalten ist. Dieser verhältnismäßig hohe Rückgang an Mitgliedern — auch der Bundesvorstand hat es bereits im Jahrbuch hervorgehoben — ist aber, wie ich unmißverständlich hier feststellen möchte, eine Fiktion, da er ausschließlich auf die unzulängliche Berichterstattung einzelner Ortsausschüsse zurückzuführen ist. Diese muß in Zukunft besser werden.

Die sozialdemokratische Presse wurde immer wieder zur Propagierung wichtiger Tagesfragen in unseren Dienst gestellt, und ich möchte gerade diesen Unternehmungen für ihre tatkräftige und warme Unterstützung unserer Sache den besten Dank sagen. Auch die Landtagsfraktionen der SPD. haben in den Parlamenten des Bezirks unsere Forderungen nachdrücklich und warm vertreten. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bezirkssekretariat und den Fraktionen war die denkbar beste.

Durch das Bezirkssekretariat fanden in der Berichtszeit bei den einzelnen Ortsausschüssen, Organisationen und sonstigen Anlässen 256 Versammlungen statt. Außerdem wurden an Bildungsvorträgen in der Berichtszeit durch den Bezirksausschuß 136 Vorträge gehalten und für 260 Veranstaltungen Redner vermittelt. Ferner wurden 281 Verhandlungen mit den verschiedensten Stellen und Behörden geführt. Schließlich wurden in der Berichtszeit 427 schriftliche Eingaben und Beshwerden an die verschiedensten behördlichen Körperlichkeiten gerichtet.

Der schriftliche Verkehr mit den Ortsausschüssen und Organisationen war außerordentlich umfangreich. Gau- und Bezirksleiterkonferenzen fanden 14 statt. Der Bezirksausschuß tagte in der Berichtszeit 21mal. 8mal war der engere Bezirksausschuß, zu dem die Stuttgarter Kollegen und der Kollege Schulenburg gehören, bei Sitzungen zusammen.

Es ist auch angebracht, sich gerade gegenwärtig die Frage vorzulegen, was ohne die gewerkschaftliche Arbeit aus der Arbeiterklasse geworden wäre. Bei der objektiven Prüfung dieser Frage muß jeder zu dem Schluß kommen, daß die Erfolge in den letzten Jahren schon deshalb groß sind, weil wir manches Unheil von der Arbeiterklasse abgehalten haben.

Unsere gewerkschaftliche Kraft ist trotz der Schwere der Zeit ungebrosen und groß. Was wir brauchen, ist Selbstvertrauen und Vertrauen in die eigene Kraft der Arbeiterklasse.

Rügen wir daher auch die jetzige schwere Zeit zum Ausbau unserer Organisationen, denn keine Macht in der Welt ist imstande, den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten!

Rebhafter Beifall dankt dem Redner. Dann erstattet Kollege Frey Fischer (Stuttgart) den Revisionsbericht über die Bezirkskassen und beantragt die Entlastung der Kassensführer. Es folgt

Die Aussprache

Danzel, Baugewerksbund (Stuttgart) fordert unter scharfer Kritik an der Wirtschafts- und Lohnpolitik der Regierung wirksame Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere zur Anforberung der Bauwirtschaft.

Göh (Göppingen) wendet sich dagegen, daß man an die Regierung Forderungen stellt, und verlangt im bekannten Stil außerparlamentarische Aktionen.

Lehgas (Göppingen) setzt sich ebenfalls für die Arbeitsbeschaffung auch auf internationaler Grundlage ein.

Rothfuß (Freudenstadt) weist auf die übermäßig hohen Zinssätzen hin, die besonders den Gemeinden vielfach die Arbeitsbeschaffung unmöglich machen.

Seb (Karlsruhe): Eine Arbeitslosenversicherung sei es nicht mehr, wenn den Versicherungspflichtigen nachträglich fortgesetzt die Rechte gekürzt werden. In der Auslegung des Gesetzes verlangt der Redner besseren Willen und protestiert gegen den Zwang zur Arbeit unter Tariflohn.

Kellermann (Stuttgart): Scharf muß dagegen Stellung genommen werden, daß man die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse will, um aus ihr politisches Kapital für die Unternehmer zu schlagen. Redner polemisiert gegen die Mittelstandsretterei der württembergischen Regierung. Ebenso wendet er sich gegen die Tätigkeit des Gewerbe- und Handelsaufsichtsamts und gegen die Kaufkraftzerstörung, die durch die amtliche Wirtschaftspolitik herbeigeführt wird.

Hafke (Stuttgart): Es ist zu bedauern, daß nicht auch Staatspräsident Dr. Brüning und auch der württembergische Wirtschaftsminister an-

melnd sind. Herr Wirtschaftsminister Raier nimmt an jeder Gastwirtschaft teil und es ist die Frage aufzuwerfen, ob nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Wirtschaftsministerium nicht besser Gastwirtschaftsministerium genannt werden sollte. Bei dem Kampfe um die Herabsetzung der Löhne ist auch die südwestdeutsche Schlichtung stark beteiligt.

Illher (Stuttgart) geht zunächst auf die gegenwärtige Krise ein und betont den harten Kampf der Gewerkschaften um die Erhaltung der Lebensgrundlage der Arbeiterklasse. Der Lohnabbau durch die staatliche Schlichtung hat die wirtschaftlichen Zustände verschlimmert, den Kampf um Arbeits- und Tarifrecht muß fortgesetzt und dem überhöhten Preisniveau endlich zu Leibe gerückt werden.

Mittwoch (Stuttgart): Die Gewerbeaufsicht in Württemberg nimmt auf die Gewerkschaften gar keine Rücksicht; das ist in Baden und Preußen anders, dort werden keine Stilllegungsverhandlungen ohne Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter geführt. Die Stilllegungen erfolgen oftmals zum Zwecke des Lohnbruchs. Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland ist unsoljal.

Köppen (Mannheim): Die badische Regierung ist Aktionär der Rheinschiffahrt. Auf dieser Linie werden holländische Arbeiter beschäftigt, die durchweg lohnrückend wirken. Trotzdem die Schiffe in deutschem Besitz sind, fahren einzelne Schiffe unter belgischer und holländischer Flagge, um auf diese Weise die für die deutschen Arbeitnehmer geltenden arbeitsrechtlichen und sozialen Bestimmungen zu umgehen.

Schneider (Baden-Baden) macht auf die internationale Verflechtung der Wirtschaftskrise aufmerksam und will auch eine internationale Betämpfung.

Weimer geht in seinem Schlusswort nochmals auf den Ernst der gegenwärtigen Situation ein und unterstreicht wiederholt die erforderliche Disziplin und Einigkeit der Arbeiterklasse. Die von dem Bezirksausschuß vorgelegte Resolution zu diesem Punkte wird gegen wenige Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Entschließung zur Wirtschaftslage

Die Beiratskonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Südwestdeutschland (Württemberg-Hohenzollern, Baden und Pfalz) stellt in der täglich zunehmenden Arbeitslosigkeit eine ständige schwere Verschärfung der Wirtschaftsnöte.

Die Tatsache, daß in Deutschland heute nur rund 40 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder in voller Arbeit stehen, daß mehr als 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder nur wenige Tage in der Woche beschäftigt sind, und daß neben vielen Hunderttausenden Arbeitslosen annähernd 1½ Millionen Menschen nur auf eine sorgfältige Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind, muß alarmierend wirken.

Werden nicht sofort durchgreifende Maßnahmen von Staats wegen getroffen, dann wird die Not der wahrscheinlich mehr wie 6 Millionen Arbeitslosen in diesem Winter zu einer unübersehbaren Katastrophe führen.

Eine planlose Wirtschaftspolitik, geheime und offene Subventionen, die überhaupt erst die riesigen Kapitalfehlschaltungen in der Wirtschaft möglich machen, die ins wahnsinnige gesteigerte Technisierung der Betriebe und die systematische Zerstückelung der Kaufkraft der breiten Massen haben wesentlich zu dem heutigen Stand der Wirtschaftskrise beigetragen.

Die Pflicht der Reichsregierung ist es, dem durch die Notverordnungspolitik hervorgerufenen Streik auf die Löhne und Gehälter Einhalt zu gebieten, die Sozialversicherung und das Arbeitsrecht in ihrem vollen Umfang unangefast zu erhalten.

Die Konferenz bringt in diesem Zusammenhang mit aller Schärfe zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften den Bestrebungen der Unternehmer auf Abbau des kollektiven Arbeitsrechts und der Tarifpolitik mit allen Mitteln entgegenzutreten werden.

Eine ausreichende Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Kommunen und die endliche Einführung der 40-Stunden-Woche

werden umfangreiche arbeitsmarktpolitische Erleichterungen bringen. Notwendig ist dann ferner, daß an Stelle des Lohn- und Gehaltsabbaus die Stärkung der Kaufkraft des werktätigen Volkes tritt.

Diese Maßnahmen haben aber nur Erfolg, wenn die Wirtschaft gleichzeitig planmäßig geleitet und die Wirtschaftsanarchie der preisbildenden Unternehmer in eine volkswirtschaftlich gesunde und auf den Massenbedarf abgestellte Wirtschaft umgewandelt wird.

Die hohen Pensionen und die riesigen Spitzengehälter im Staat und in der Wirtschaft müssen abgebaut, der Verwaltungsapparat vereinfacht und eine vernünftige Zoll- und Steuerpolitik getrieben werden, dann werden auch Mittel zu umfassender Arbeitsbeschaffung frei.

Die Forderungen bilden das nächste Ziel der versammelten Gewerkschaften, für das im Laufe der nächsten Wochen in allen Gewerkschaften und Ortsausschüssen ein unermüdlicher Kampf geführt werden muß.

Gleichzeitig fordern wir die Arbeiterklasse auf, in der Trenne zu ihren Gewerkschaften nicht zu erlahmen, eine wirkende Aktivität im Sinne der Einheit der Arbeiterklasse zu entfalten, damit unsere Bestrebungen zu einem vollen Erfolge führen.

Ferner wurde die Entsendung eines Telegramms an Reichsregierung und Reichsbank beschlossen, das gegen die Inflationspläne der Industrie nachdrücklich protestiert.

Am Schluß der Konferenz wird die Zahl der Bezirksausschussmitglieder von zehn auf sieben herabgesetzt; gewählt werden Fischer, Endres (Stuttgart), Bäcker (Göppingen), Schulenburg (Karlsruhe), Felgentreu (Mannheim), Ragboff (Freiburg) und Walter (Badenweiler).

Streik deutscher Schiffsbeladungen in russischen Häfen

Die Einstellung des deutschen Schiffsverkehrs nach Rußland

Ueber die Ursache des gestern mitgeteilten Beschlusses des Verbandes der deutschen Reederei, keine deutschen Schiffe mehr nach Rußland zu senden, meldet das Conto-Nachrichtenbüro aus Hamburg:

Von dem bereits gemeldeten Streik deutscher Seeleute in russischen Häfen werden 41 deutsche Schiffe betroffen. Der Verband deutscher Reederei, der alle großen und fast sämtliche kleinen deutschen Reedereien umfaßt, hat die fruchtlose Entlassung der streikenden Mannschaften beschlossen und Zahlungen an deren Angehörige gesperrt. Gegen die Streikenden werden Strafverfahren wegen Meuterei gestellt werden. Zum Austausch der Mannschaften sollen Schiffe mit Arbeitswilligen nach den russischen Häfen entsandt werden.

Ueber die Ursachen des Streiks erzählt sich aus Nachrichten von Leningrad und Odessa, daß es sich nicht etwa um Lohnkämpfe auf den bestreikten Schiffen handelt, sondern um einen „Symptombstreik“ für einen angeblichen Streik in deutschen Häfen, der jedoch nicht zum Ausbruch gekommen ist. Die Lage ist offensichtlich verzerrt.

Auf Grund der zwischen Deutschland und Sowjetrußland bestehenden Verträge ist die Sowjetregierung verpflichtet, der Leitung der Schiffe Schutz zu gewähren und die Streikenden, deren Handlungen unter den Begriff der Meuterei fallen, entsprechend den deutschen Bestimmungen zu behandeln.

Der Mandchurenkonflikt vor dem Völkerbundsrat

Genf, 13. Okt. (Via Draht.) Unter ungeheurer Spannung und bei hartem Andrang von Presse und Publikum begann am Dienstag in der Mittagspause die Völkerbundsratsitzung, die ausschließlich dem chinesisch-japanischen Konflikt gewidmet ist. Spaniens Vertreter, Madariaga, eröffnete die Sitzung mit einer Entschuldigungsgespräche für Verrout, der durch Verfassungsveränderungen in Madrid zurückgehalten sei. Er bat Briand, im Namen Verrout und des Rates den Vorschlag zu übernehmen mit der Bemerkung, daß es offenbar keine Bestimmung sei, gerade in solchen deklarativen Fragen den Vorschlag im Rat zu führen, übernahm Briand die Leitung.

Der Japaner Yoshizawa gab eine längere geschichtliche Darstellung des Kampfes um die Mandchuren. Japans Ueberfall auf China 1894, mit Wegnahme des südlichen Teils der Halbinsel Liaotung, die auf Intervention von Frankreich, Rußland und Deutschland wieder aufgegeben werden mußte; der erste Vertrag Chinas mit Rußland und dessen Verletzung durch die Mandchuren während des Koreakrieges. Japans Krieg mit Rußland und die Wegnahme des Koreaertrags und der südmandchurischen Bahn 1905. Japan, so fuhr Yoshizawa fort, wollte die Mandchuren nicht annektieren, aber es besaß dort lebenswichtige Interessen. Die Truppen würden zurückgezogen werden, wenn die notwendige

Sicherheit für Japan garantiert sei. Theorien würde man keine so große Bedeutung beimessen. Man müsse sich an die praktische Wirklichkeit halten. China müsse selbst erst die wichtigsten Schranken gegen die Rücknahme der Truppen wegräumen, und zwar in direkten Verhandlungen.

Dieser Sprache im Geiste der Militärkabinette der Vorkriegszeit setzte Sze-China nochmals die des Völkerbundes entgegen. Seine Rede wurde unter tiefstem Schweigen dramatisch, als er mittelte, daß während der Vorkriegszeit des Rates wieder zwei chinesische Städte über 100 Kilometer weßlich von Mauthen von japanischen Kriegsschiffen bombardiert und mit Maschinengewehren beschossen worden seien.

Der englische Außenminister Lord Reading wünschte, daß Yoshizawa sich Nachrichten über die letzten Bombardements verschaffe, und dem Rat baldigst entsprechende Mitteilung mache. Dann stellte Briand eine Art zweiseitiger Synthese. Beide Parteien hätten keinen Vinterebanken. Japan wolle räumen und China wolle keine Vergeltung. Es werde hoffentlich dieser schwere Konflikt nicht zu Katastrophe führen. Die nicht wieder auszumachenden Dinge würden nicht halt machen bei China und Japan, sondern die ganze Welt ereifern und in welchem Augenblick!

Briand vertagte darauf die Sitzung. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, wenn die beiderseitigen Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben.

Nationalsozialisten in verbotenem SA-Heim festgenommen

NRW, Berlin, 13. Okt. Das am vergangenen Samstag durch die Polizeibehörde geschlossene SA-Heim, Tegeler Weg 7, wurde heute am frühen Morgen von Polizeibeamten kontrolliert. Es wurden außer dem Wohnungsinhaber acht Nationalsozialisten angetroffen. Sie wurden festgenommen. Bei dem Durchsuchen der Räume wurden eine Keule und ein Gummihüpfel gefunden.

Der Rücktritt des preussischen Finanzministers

NRW, Berlin, 13. Okt. Die Rücktrittserklärung Höpfer-Wichoffs wird von einer Anzahl Blätter damit in Zusammenhang gebracht, daß das preussische Kabinett die Aufhebungsfrage für die Beamten aus der preussischen Notverordnung herausgenommen habe und daß Höpfer-Wichoff keinen finanziellen Gegenwert für diese Maßnahme sehe.

Der Vorwärts glaubt einen weiteren Grund für den Rücktritt darin zu finden, daß er im Landtagsauschuß bei der Frage der Unterfertigung der Sparkassen- und Giroverbände überstimmt worden sei.

Als Nachfolger Höpfer-Wichoffs ist der Präsident der Preussischen Kasse, Klepper, in Aussicht genommen.

Freistaat Baden

Der Naziführer verdummt seine Leser

Die Kirchenlichter der „nationalen Opposition“ — Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und Arbeiterklasse

Die im nationalsozialistischen Führer systematisch betriebene Volksverdummung überläßt sich allmählich. Wir wollen jetzt nicht weiter mit ihm rechten, daß er die Kundgebungen der „nationalen Opposition“ in Karlsruhe seinen Lesern getreulich als die neuesten Offenbarungen des göttlichen Geistes im Hakenkreuz bezeichnet. Wir haben bereits klargestellt, um was es sich in Karlsruhe handelte, daß dort nichts anderes als der Plan zu einer Inflationsoffensive gegen die deutsche Arbeiterklasse und auch gegen den deutschen Mittelstand (wenn dieser es auch nicht bezweifelt), geschmiedet wurde.

Es spricht eine alldeutsche Sprache, daß der nationalsozialistische Führer den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auf einmal als das große Kirchenlicht aufmarschieren läßt, nachdem bis vor kurzem eben dieser selbe nationalsozialistische Führer Herr Dr. Schacht mit Steinen bewarf. Allerdings zeigt sich bereits, daß Herr Dr. Schacht und die Nationalsozialisten einander würdig sind; denn es bestreitet sich hier das Sprichwort: Rad schlägt sich, Rad vertritt sich. Sehr lustig nimmt sich allerdings im nationalsozialistischen Führer die Aufforderung des Herrn Dr. Schacht aus, es alte „für eine Generation beiseite, sparen und arbeiten; denn mit Sorgen und Betteln ist noch kein Volk groß geworden“. Herr nett und sehr zierlich, diese Maßnahme aus dem Munde des Herrn Schacht, jenes ehemaligen Reichsbankpräsidenten, der sich ein jährliches Gehalt von über 30000 Reichsmark zahlen ließ und bei seinem Abgang eine verträglichmäßige Abfindung von mehreren Millionen Reichsmark beanpruchte. Danach scheinen die Sozialdemokratprediger des Dritten Reiches eine besondere Begabung für diesen Beruf zu haben.

Neulich verhält es sich mit dem weiteren neuen Prominenten des nationalsozialistischen Führers, Herrn Justizrat Clab, dem Führer des Alldeutschen Bundes. Wer vor dem Krieg und im Krieg die deutsche Politik auch nur flüchtig verfolgte, weiß, daß es Herr Justizrat Clab war, der in der Zeit des Marokkoeffizienten und ähnlicher Ereignisse immer wieder zum Krieg hekte und der dann im Weltkrieg uferlose Eroberungsziele aufstellte, den unbeschränkten Unterseebootkrieg probierte, bis er es endlich durch seine nationalsozialistischen Tiraden erreicht hatte, daß die ganze Welt sich zur Kiebrerringung eines Deutschlands verband! Die Kriegsziele des Herrn Justizrat Clab auf Eroberung halb Rußlands und halb Frankreichs samt Belgien, auf Indis-Artenzwangung Englands und Amerikas sind zwar nicht erreicht worden, das deutsche Volk lag jedoch am Ende des Weltkrieges zerstückelt am Boden und von Herrn Justizrat Clab hat man eine zeitlang nichts mehr gehört — bis er dann heute wieder als der große „nationalsozialistische“ Führer des deutschen Volkes im Munde der Nationalsozialisten am Firmament erschienen ist. — um das deutsche Volk weh über kurz oder lang (sofern es sich der nationalsozialistisch-deutschen nationalen Führung anvertraut) ähnlich „großen Zeiten“ mit entgegenzuführen zu helfen, wie wir sie 1914—1918 erlebt haben.

Um jedoch seiner Volksverdummung den nötigen Senf beizugeben, brint der nationalsozialistische Führer wieder einmal seinen alten Schwundel von der Zusammenfassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, bzw. erstarrt er, daß kaum Arbeiter in der sozialdemokratischen Fraktion läßt. Der Führer behauptet nämlich (neben anderen Schwindeln), in denen er die sozialdemokratischen Abgeordneten Otto Gaarstedt, Alfred Janich, August Brühl, Daniel Städtlen und eine Reihe anderer, darunter den längst verstorbenen Abg. Edward David, der bekanntlich aus der Familie eines evangelischen Geistlichen herorging, einfach willkürlich und im Widerspruch zur Wahrheit zu Tode macht, um damit seine Verbebung zu verstärken) in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion läßt er lag und schreibe drei Arbeiter und Angehörige, so daß die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seine Fühling mit der Arbeiterklasse haben könnten. In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch so, daß mindestens 90 Prozent der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aus der Arbeiterklasse, vereinsamerweise auch aus der Angestelltenklasse herorging sind, so daß keine Partei in irgend einem Parlament ist, die so schwer wie die sozialdemokratischen Vertreter mit der Arbeiterklasse verwaschen ist. Im allgemeinen gibt das sonst der nationalsozialistische Führer als Vertreter einer Partei, in der vor allem abgetankte Offiziere den Ton angeben, auch gerne zu, und er spricht, wenn einmal ein früherer Arbeiter Arbeiter wird, dann immer von Parteibuchbeamten mit dem stillschweigenden Hinweis: In Wirklichkeit sei dies kein Beamter, sondern ein früherer Arbeiter, der zum Bedauern des „gehöreren höheren Menschentums“, zu dem sich die nationalsozialistische Führer rechnen, in das Beamtenum hineingekommen sei. Diesmal will jedoch der Führer aus demagogischen Gründen von seiner sonstigen Sprechweise nichts wissen, und er verfährt wie folgt, daß die in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehenden Gewerkschafts- und Parteisekretäre, Redakteure, Schriftsteller und Beamte, frühere Arbeiter waren, die durch das Vertrauen der Arbeiterbewegung in diese Stellungen kamen. Der Führer läßt eben die Dinge, wie sie ihm gerade in den Kram passen: Heute „Arbeiter als Parteibuchbeamte“, morgen „Partei ohne Zusammenhang mit der Arbeiterklasse“.

Wären weite Kreise des deutschen Volkes durch die nationalsozialistische Hebe geistig nicht so beioffen gemacht, dann wäre es ein Leichtes, diesen Volksbetrug der Nationalsozialisten klarzustellen. So aber fallen immer wieder manche Kreise auf die Volksverdummung der Nationalsozialisten herein, bis eines Tages — hoffentlich nicht zu spät — dem deutschen Volke das Erwachen kommt.

Pfarrer Eckert nach Rußland abgereist

NRW, Mannheim, 13. Okt. Der zur SPD übergetretene Stadtpfarrer Eckert hat, obwohl der Evangelische Oberkirchenrat den bereits erteilten Urlaub zurückgezogen hat, seine Reise nach Rußland angetreten. In dem gegen ihn eingeleiteten Dienstverfahren läßt er sich durch den Karlsruhe Rechtsanwalt Dr. Dieb vertreten. Dieses Verfahren wird sich in der Hauptsache um die grundsätzliche Frage drehen, ob ein evangelischer Geistlicher Mitglied der Kommunistischen Partei sein kann.

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat einen Erlaß herausgegeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß den Schülern, welche die Sittlichkeitsprüfung bestanden haben, nach Eintritt in eine höhere Schule die Beibehaltung ihrer Schreibweise zu gestatten ist. Es muß darauf geachtet werden, daß Vorlagen im Schreibunterricht keine Verwendung finden.

Partei-Nachrichten

Die sozialdemokratischen Lehrer halten fest zur Partei

Unter der Leitung des Genossen Löwenthein fand in Probstzella eine Tagung des Hauptauschusses sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen statt. Aus allen Ecken des Reiches sind Delegierte anwesend.

In seinem Referat über die Stellung der A.S.D. (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer) zur Parteipolitik verurteilte Genosse Löwenthein das Vorgehen der Sozialisten, die durch ihr Treiben eine neue Schwächungsposition in die Arbeiterpartei hineintragen haben. Alle Landesvertreter unterstützen die Ausführungen Löwentheins.

Sie nahmen einstimmig nachstehende Entschlüsse an: Der Hauptauschuss der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands bringt einmütig seinen Willen zum Ausdruck, die Einheit und Geschlossenheit der Partei mit allen Kräften zu wahren. Gerade unter den schwierigen Umständen der wirtschaftlichen und politischen Krise hält sich die sozialdemokratische Lehrerschaft verpflichtet, ihre Treue zum Sozialismus und zur Partei in Wort und Schrift überall zum Ausdruck zu bringen und all ihre Kraft der Partei und ihren Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Gewerkschaftliches

Schiedspruch in der südwestdeutschen Bürsten- und Pinselindustrie - 6 Prozent Lohnkürzung

Freiburg i. Br. Im Tarifstreit in der südwestdeutschen Bürsten- und Pinselindustrie wurde heute vom Schlichtungsausschuss Freiburg gefällig, der den bisherigen Menteltarif bis zum 30. April 1932 wieder in Kraft setzt, mit der Maßgabe, daß der Urlaub für 1931 nur 50 Prozent beträgt. Der Lohnsatz wurde wie folgt abgeändert: Die Entlöhne betragen in Ortsklasse A 76 Pfa., in Ortsklasse B 68 Pfa. und Ortsklasse C 62 Pfa., was einer Lohnkürzung von 6 Prozent (beantragt waren 15 Prozent) entspricht. Die Lohnregelung gilt bis zum 31. Januar 1932. Die Erklärungsfrist zum Schiedspruch läuft bis zum 17. Oktober.

Schiedspruch bei Nordwest

Essen, 13. Okt. In dem Arbeitszeitstreit zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und der Gruppe Nordwest fällt der Schlichter von Westfalen einen Schiedspruch, der für den Deutschen Metallarbeiterverband die Anwendung der bisherigen Arbeitszeit bestimmt, die von den übrigen Gewerkschaften der Gruppe Nordwest vereinbart worden war. Der Schiedspruch läuft vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931.

Gemeindepolitik

Weingarten. Bürgermeister Dr. Gah hat vor kurzem sein 65. Lebensjahr vollendet. Aus diesem Anlaß wird er nun nach beinahe 40jährigen Dienst in der Gemeinde am 1. November d. J. in den Ruhestand treten. Die Auszeichnung der Gemeinde durch den Bürgermeister ist im Kreisanzeiger und der hiesigen Tageszeitung erfolgt. Es ist der Wunsch der hiesigen Bevölkerung, daß ein Mann von Sachkenntnis und sozialdemokratischem Verständnis die Führung der hiesigen Gemeinde bekommt.

Aus aller Welt

Deichbruch in Japan - Mehr als 200 Personen ertrunken
Osaka, 13. Okt. Wie die Zeitung Mainichi meldet, ist im Distrikt Misaki ein Deich infolge Hochwassers gebrochen. Die Wasser-massen ergossen sich in mehrere Dörfer, wo sie alles zerstörten. Mehr als 200 Personen sollen ertrunken sein.

Die Namen der Eisenbahnattentäter?

Spuren oder fingiert?
Wien, 13. Okt. Der verhaftete ungarische Kaufmann Eulovics hat heute im Laufe des Vormittags die Namen mehrerer Personen aus Wien, Budapest und Berlin angegeben, die an den Eisenbahnattentaten von Jüterbog und Bia Torbago beteiligt gewesen sein sollen. Die Polizeibehörden von Wien, Budapest und Berlin sind von diesen Angaben durch Fern-spruch verständigt worden. Man hat jedoch die Ansicht, daß die Namen von Eulovics vermutlich fingiert worden sind, um die Spur der wahren Mithandlungen zu verwischen.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte
Ein neues und sehr kräftiges Hochdruckgebiet zieht von Westen heran. Auch für nächste Zeit ist daher mit Fortdauer des trockenen Herbstwetters zu rechnen.
Wetterausblick für Donnerstag, den 15. Oktober 1931:
Heißer, bei in Nickerungen Morgennebelbildungen, trocken und am Tage mild, Hochflähen Nachtfrost.

Wasserstand des Rheins

Rasel 45, gef. 4; Waldshut 22, gef. 10; Schusterinsel 89, gef. 4; Rehl 24, gef. 4; Maxau 405; Mannheim 287, gef. 5; Caub 194, gef. 5 Zentimeter.

Veranstaltungen

- Mittwoch, den 14. Oktober 1931:
Badisches Landesbühnen: Geduld. 20 Uhr.
Colloquium: Abschiedsvorstellung „Liede mich“. Ausstattungs-Vorlesung. 20 Uhr.
Stadtheater: Radmattkonzert. 15½-18 Uhr.
Gloria-Palast: So lang noch ein Kaiser vom Strauß erklingt. 8½-10 Uhr.
Rodeo: Verfilmte Kurzszenen.
Kammer-Spieltheater: Komu braucht Geld. Hingabe. (Welt am Kreuz.)
Kammer-Spieltheater: Hergen in Plammen.
Kessels-Spieltheater: Douanier.
Union-Theater: Die lustigen Musikanten. Bunter Weidprogramm.
Gals Oden: Otto Vintus-Langer-Orchester.
Haus der Gesundheit: Ballett. 8-6 und 8½-11 Uhr.
Badische Landesgewerkschaft: Ausstellung „Kampf dem Krebs“. 10-20 Uhr.
Gesamt: Mitgliederversammlung der SPD. 20 Uhr.
Vereinsklub: Tanz und Vorträge.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe
M.S.B.-Kol. Freitagabend Quartalsversammlung im Salmen.

Chefredakteur: Georg Schöpplin Verantwortlich: Volker, Kreisrat Baden, Volksfreund. Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Grünbaum Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleinbadische Chronik, Aus Württemberg, Durach, Gerichtszeitung, Neuigkeiten, Die Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Sozialistische Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wäldchen, Ausflüge: Josef Eikel, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Röhner, Sammlende wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Aus dem Gerichtssaal

Brandstiftung

Im Karlsruhe, 12. Okt. Wegen Brandstiftung standen heute der 49 Jahre alte verb. Sägewerksbesitzer Adolf Zeller aus Blantenloch und der 25 Jahre alte verheiratete Kaufmann Richard Linder aus Dagsfeld vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstand: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann). Die Anklage wirft Zeller vor, einen unbekanntes Täter bewegen zu haben, in der Nacht vom 2. auf 3. März d. J. kurz vor 23 Uhr einen der Firma Heinrich Dürr u. Co. gehörigen Holzstapel auf dem Bahngelände bei der Wolfartsmeier Straße in Brand zu setzen, wobei der Stapel mit einem größeren Teil der darin aufbewahrten Holzsperrholze im Werte von 160 000 M verbrannt, und dies zu dem Zwecke getan zu haben, die Versicherungssumme zu erhalten, was Zeller auch in Höhe von 53 000 M gelang. Der Mitangeklagte Linder hatte nach der Anklage mindestens vom Vorhaben Zellers, seines Onkels, Kenntnis und hat eine Anzeige unterlassen. Linder hat verneint, den Holzstapel Tagelöhner Franz Reeb in Dagsfeld zur Brandlegung zu bewegen, wobei er ihm als Belohnung eine Summe von 1000 M in Aussicht stellte; Reeb ging aber nicht darauf ein.

Der Angeklagte Zeller schiedert zunächst keine persönlichen Verhältnisse. Sein Geschäft in Blantenloch ging nach dem Kriege zurückfallend. 1924 beteiligte er sich an dem Geschäft der Firma Dürr u. Co. in Karlsruhe, die sich mit Holzlieferungen befaßt und in dem Schuppen ein größeres Lager unterhielt. In den Karlsruher Betrieb hat er rund 70 000 bis 80 000 M Kapital gesetzt. Es kamen bei dem Betrieb Unterlassungen durch eine Angestellte vor, die der Angeklagte auf 20 000 M schätzte. 1930/31 sei das Lager noch 60 000 bis 70 000 M wert gewesen. Sein Betrieb in Blantenloch habe sich zurückbildend entwickelt. Der Karlsruher Betrieb war mit 150 000 M versichert. Während der Zeit vom Ende Februar bis Anfang März bestand bei dem Karlsruher Geschäft eine Ueber-schuldung von schätzungsweise 30 000 M. Seit seiner Verhaftung am 29. Mai ist das Blantenlocher Sägewerk in Konkurs.

Beide Angeklagte betreiten anfänglich, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Der Brand brach in der Nacht vom 2. auf 3. März aus. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft wurde eingestellt, da der Täter nicht zu ermitteln war. Die Versicherungsgesellschaft zahlte 53 000 M an Zeller aus. Die Anklage behauptet, Zeller habe einen bisher nicht ermittelten Täter angezettelt, für ihn den Brand in dem Schuppen zu legen. Es steht fest, daß seine wirtschaftliche Lage damals unheilbar war und er hat sich Gedanken gemacht, wie er der Lage Herr werden könnte. Er sprach Linder gegenüber davon, es bliebe ihm nichts anderes übrig, als einen Brand zu legen oder in den Rhein zu springen.

Das Gericht beschließt, während der Vernehmung Linders den Mitangeklagten Zeller abtreten zu lassen. Linder hatte im Dezember eine Unterredung mit Zeller, bei der dieser ihm sagte, es bliebe ihm nichts anderes übrig, als die Bude anzuzünden oder ins Wasser zu gehen. Sein Vater, der angekrankt war, war zugegen und bemerkte, das werde gemacht. Zeller kam anderen Tages zu Linder und verfuhr diesen zu überreden, den Brand zu legen, die Versicherung zu melden. Es wurde darüber gesprochen, wie er vorgehen sollte. Er sollte mit dem Auto Benzin tanken und dies im Schuppen ausschütten. Er zeigte ihm auch den Schuppen. Das Benzin sollte er in eine Gießkanne füllen und den Brennstoff auf die Hölzer bringen. Er nannte ihm bestimmte Stellen, wo er die Hölzer mit Benzin besprengen sollte. Das im Schuppen stehende Motorrad sollte er vor den Eingang stellen, damit man meine, ein Dieb hätte es auf das im Schuppen stehende Motorrad abgehoben und dabei aus Unvorsichtigkeit den Brand verursacht. Zeller hat bei dieser Gelegenheit ein hinteres Fenster geöffnet, das Linder aufpassen sollte, um den Windzug zu ermöglichen. Linder hat seinen Eltern von dem Vorhaben seines Onkels Mitteilung gemacht, die ihm rieten, die Finger davon zu lassen. Zeller sei mindestens zweimal hierhergekommen, um ihn heranzureiten. Auch eine Zündschnur habe er ihm angesetzt. Zeller verweigert ihm schließliche Unterhaltung, wenn er auf seinen Vorschlag einzugehen würde. Linder hat Dritten gegenüber von dem Vorhaben seines Onkels gesprochen, so daß schließlich auch davon die Versicherungsgesellschaft Kenntnis erlangte. Zu einem Anrecht hat er gesagt - nach dem Brande -; „Da hätten wir auch Geld verdienen können!“ Linder gibt an, daß Zellers Absicht, den Brand zu legen, gewußt und keine Anzeige erstattet zu haben. Auch dem Zeugen Reeb teilte er die Absicht und die wirtschaftliche Lage seines Onkels mit. Dieser habe sich nicht damit einverstanden erklärt. Zu Reeb habe er wohl gesagt, er könne 1000 M verdienen; er habe ihn aber nicht aufgefordert, den Schuppen anzuzünden. Zeller sagte, er selbst könne es nicht machen, weil er seinen Aufenthalt nachweisen müßte. Linders erster Eindruck, als er vom Brand hörte, war der, daß Zeller selbst den Brand gelegt habe. Zeller, der wieder herein-geliefert wird, gibt jetzt im Prinzip an, daß er wiederholt mit Lin-ders wegen der Brandlegung gesprochen habe. Die seinem Neffen zugehörige Zündschnur sei nur ein harmloser Wollfaden gewesen, den er „aus Spielerei“ in fohendes Nachs getaucht habe. Er betrete mit Lin-ders im Vorhinein die Zündschnur heranzureiten zu sein, den Brand zu legen. Verprochen habe er ihm jedoch nichts.

Beide Angeklagten erklären, nicht zu wissen, wer den Brand ge-plant hat. Höchst merkwürdig ist die Tatsache, daß der Brand genau verabredungsgemäß vor sich ging. Die Hölzer waren an verschiede-nen Stellen mit Benzin übersprüht, auch das Motorrad war heraus-gestellt. Auch Zeller will sich dies nicht erklären können. Als er auf den Brandplatz kam, habe er sich gefragt: „Wie kommt das Motorrad da hin?“ Als er hörte, daß es brannte, glaubte er, Lin-ders hätte es getan. Außer mit Linder habe Zeller mit keinem Drit-ten über sein Vorhaben gesprochen.

Nach den Zeugnisaussagen von Zeugen, die mit Zeller zu tun hat-ten, ergibt sich, daß keiner von ihnen Brandstiftung für fähig hält. Die Schulden der Firma Dürr u. Co. wurden mit 80 000 bis 90 000 M angesetzt. Der Zeuge Reeb behauptet, daß Linder an ihn heranzutreten sei und ihm -eigentlich- habe, sein Onkel stehe vor dem Ruin, es müsse brennen, andernfalls müßte er sich das Leben nehmen. Der Zeuge sieht anfangs nicht abgeneigt, für 1000 M den Brand zu legen. Er sah sich das Lager der Firma an und wurde anderer Meinung. Er befürchtete, daß die Sache herauskommen würde. Als Sachverständiger wies Branddirektor Wilken nach, daß zweifelsfrei Brandstiftung vorlag.

Erster Staatsanwalt Dr. Eichenauer ersuchte beide Ange-klagten durch die Beweisaufnahme für überführt und beantragte gegen Zeller 2½ Jahre und gegen Linder 6 Monate Gefängnis. Die Verteidigung (Rechtsanwälte Waerther und Weisbauer) plä-diert auf Freisprechung.

In später Abendstunde, nach zweistündiger Beratung, verurteilte das Schwurgericht das Urteil. Wegen Brandstiftung nach § 308 in rechtlichem Zusammenhange mit Versicherungsbetrug erhielt Zeller 1 Jahr 6 Monate Gefängnis abzüglich 3 Monaten Untersuchungs-haft. Linder wurde wegen Versicherungsbetrug nach § 49a u. 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage wegen Vergehens nach § 139 wurde der Angeklagte Linder freigesprochen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann, u. a. aus: Daß der Schuppen vorläufig in Brand gelegt worden ist, steht außer jedem Zweifel. Die entscheidende Frage war, ob der Ange-klagte Zeller an dieser Brandlegung schuldhaft beteiligt war. Die Anklage hat angenommen, daß Zeller irgendeinen bisher nicht er-mittelten Unbekannten angezettelt habe, den Brand zu legen und sie hat darauf hingewiesen, daß schon allein die Tatsache, daß die Ver-sicherungssumme der Brandstiftung sich fast bis auf das Minimum mit dem Geld, was der Angeklagte Zeller in wüchentlichen Beiträgen dem Mitangeklagten Linder vortragen hat, auch das Schwurgericht ist der Auffassung, daß es bei dieser Beweislage gar nicht an-ders möglich ist, als daß der Angeklagte Zeller, auch wenn er dies noch so bestritt, bei der Brandlegung ausschlaggebend mitgewirkt hat. Ob er in der Tat einen dritten Unbekannten angezettelt hat zur Brandlegung, muß dahingestellt sein. Es ist ja immer noch möglich,

daß er den Brand selbst gelegt hat, daß er am Abend, bevor, er nach Hause fuhr, einen Zeitsunder gelegt hat. Jedenfalls ist das Schwur-gericht überzeugt, daß der Angeklagte als Mittäter in Frage kommt. Die Mittäterhaft erblüht das Gericht darin, daß Zeller bei der Brandlegung beteiligt war. Er war nicht nur wegen Versicherungsbetrugs nach § 308 zu verurteilen, sondern auch wegen Vergehens des Ver-sicherungsbetrugs, der ihm gelungen ist, denn die beiden Verurteil-ten Angeklagten haben insgesamt über 53 000 M auf das Konto des Angeklagten einbezahlt.

Vergehen gegen das Republikstrafgesetz

Freiburg, 12. Okt. Das Schwurgericht verurteilte heute nach-mittag den Kaufmann Wilhelm Eder aus Mannheim und den Schriftsteller Erik Schmidt aus Gelfentrieden wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz an Stelle einer verurteilten Gefängnis-strafe von einer Woche zu je dreißig Mark Geldstrafe (1) und an den Kosten des Verfahrens. Die beiden der Nationalsozialistischen Partei angehörenden Angeklagten waren von Eder aus im West-land und an angrenzenden Gebieten mit Handzetteln, die in öffentlichen Versammlungen einluden, ausfällig gegen die heutige Regierung geworden. — (Es ist zweifellos, so solchen „Arzteln“ noch etwas beigefügt! Sie sprechen für sich selbst.)

Jugendlicher Fahrraddiebstahl

Im Karlsruhe, 13. Okt. Der 19 Jahre alte vorbestrafte Metzger Emil K. aus Gaisel bei Berrenbach fuhr am 8. August ein in Karlsruhe vor dem Gemischten Technischen Laboratorium der Technischen Hochschule stehendes Damenfahrad, welches er in Rastatt bei einem Althändler für 17 Mark verkaufte. Weil die Sache so schon kaputt, fuhr er am 17. August ein weiteres Fahrrad, welches vor dem Hause Sträßstraße 48 in Karlsruhe stand. Mit diesem fuhr er sich ebenfalls nach Rastatt zu jenem Althändler, dem er es für 15 Mark verkaufen wollte. Bei dem Althändler hielt sich ein Herr mit einer Brille und einem Notizbuch auf, der sich für den Fahrradhandel lebhaft interessierte. Der Herr war ein Kriminalbeamter, der sich unwohl fühlen konnte, daß das Rad aus einem Diebstahl herkäme. Er nahm den jungen Mann fest. Auf dem Wege zum sicheren Gewahrsam machte der junge Mann, der sich als Karl Baumann ausgab, einen Fluchtversuch. Unter Mitwirkung des Publikums gelang es aber, ihn wieder einzufangen. Der Althändler mußte inzwischen mit meh-reren anderen Helfern ebenfalls den Weg zum Gefängnis an-treten, da er unabweisbar Gefährte mit gefohlenen Dingen machte. Heute stand K. vor dem Einzelrichter in Karlsruhe. Er gab die Diebstahls ohne weiteres zu. Er erklärt auch, er habe den Herr bei dem Althändler ohne weiteres für einen Kriminalbeamten gehalten, weil er - ein Notizbuch bei sich hatte. Das Gericht verurteilte K. wegen Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis, jedoch wegen falscher Namensangabe zu 14 Tagen Haft. Auf Wochentage Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet.

Kleine bad. Chronik

Zwei Scheunen eingestürzt

* Obenheim bei Bruchsal, 13. Okt. In der Scheune des Land-wirts Sebastian Keller brach gestern Abend 9 Uhr ein Brand aus, der auch schnell auf die benachbarte Scheune des Gemein-darats Wacker übergriff. Die hiesige Feuerwehr und die Bruch-saler Motorpompie vermittelten die aus höchst gefährdeter Brauer-schöle zu löschen. Die beiden mit Futtermitteln und Tabak an-geschickten Scheunen brannten bis auf den Grund nieder. Der ge-samtschadene Betrag rund 15 000 M. Die Geschädigten sind ver-sichert. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt.

Eine Bekiste in Menzingersdorf

* Seidelberg, 13. Okt. Im Stadteil Wöblingen wurde gestern Abend der etwa 35 Jahre alte arbeitslose Gipsler Klinga ver-haftet, weil er im Verdacht steht, ein achtjähriges Mädchen namens Friede Hiller verarmelt, gewürgt und dann gefesselt in einem Schuppen liegen gelassen zu haben. Dort wurde das Kind bewußt-los aufgefunden. Man neigt sogar zu der Annahme, daß der Täter das arme Geschöpf überhaupt befehlen wollte.

Defraudant Klump in Ostpreußen verhaftet

* Seidelberg, 13. Okt. Wie wir hören, ist vor einigen Tagen in einem kleinen ostpreussischen Ort, unweit der polnischen Grenze, der hiesige Sportplatzoberbetreuer Wilhelm Klump aus Seidelberg verhaftet worden, der Anfang Juli unter Mit-nahme eines ziemlich großen Geldbetrags aus der Tagesstafé ent-wi-floß. Der unterschlagene Betrag wurde damals mit etwa 40 000 Mark angenommen, doch hätte man inzwischen, daß es sich wohl-um noch mehr handeln dürfte. Es ist bisher in Seidelberg un-klar, wie viel Geld man noch bei Klump vorgefunden hat. Der Verhaftete wird in den nächsten Tagen nach Seidelberg transpor-tiert werden. Er hat offenbar vergeblich versucht, ins Ausland zu-gekommen.

Töblicher Motorradunfall

23. Bieental, 13. Okt. Am Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr fuhr der in Mannheim angelegte Lehrer Otto Maier, der hier einen Besuch machte, mit dem Motorrad in voller Wucht auf die Ecke des Galtbaus „Zum Grünen Baum“ in der Bolandstraße. Maier erlitt durch den Anrall eine schwere Schädelverletzung und fiel tödlich tot vom Rad. Das Motorrad wurde völlig demoliert.

* Forstheim. Auf der Landstraße zwischen Neuenbürg und Wittenfeld steht ein Kleinauto, als es einem anderen Kraftwagen ausweichen wollte, auf ein Landolofuhrwerk, das hinten nicht be-leuchtet war. Ein Stamm drang durch die Scheibe und zwei der Fel-len des Autos wurden verletzt, davon die 17jährige Reit-schmiedin Paula Decker aus Forstheim schwer am Kopf.

* Forstheim. Gestern nachmittag wurde in der Nordstadt bei 2½ Jahre alte Kind eines Polizeibeamten von einem Kraftwagen überfahren und getötet. Die Schuldfrage ist noch nicht rechtlich geklärt; doch soll viele noch Zeugnisaussagen den Führer des Autos treffen.

* Söllingen (Amt Söllingen). Montag vormittag hat sich der 61 Jahre alte Polizeiwachmeister Joseph Heber in seiner Wohnung erschossen, während seine Frau nicht zu Hause war. Mitge-richtig brachte die Tat unmittelbar im Anschluß an einen Besuch bei seiner in Rastatt verheirateten Tochter.

* Radolfzell. Montag vormittag kam es zwischen rechts-und linkslebenden Arbeitern auf dem Arbeitsamt Radolfzell zu politischen Streitigkeiten, die schließlich in eine Schlägerei ausarteten, bei der es blutige Köpfe gab.

Marktberichte

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 12. Oktober. Zufuhr: 51 Ochsen, Freije 36-40, 34-36, 33-34, 31-33, 29-31, 28-30, 56 Bullen: 29-30, 26-27, 25-26, 22-25, 21 Rüsse: 24-29, 16 Ferkeln: 36-42, 28-34, Großvieh zumalmen 287. 66 Kälber: 25 bis 58, 45-48, 41-45, 29-34. 1190 Schweine: 53-55, 54-55, 51-53, 52-56, 50-52, 42-46. Gesamtzufuhr 1543 Stück. Qualität über Notiz bezahlt; Fettfleisch sehr begehrt. Ferkel bei Großvieh und Schweinen geringer Ueberstand, bei Kälber geräumt.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

14. Oktober

1863 Aufruf Lassalles „An die Arbeiter Berlins“. — 1891 Sos. Parteitag Erfurt (Programmformulierung). — 1913 Grubenkatastrophe bei Cardiff (400 Tote). — 1919 Frankreich ratifiziert Friedensvertrag. — 1922 Urteil Rathenau mord (33 Jahre Zuchthaus, 114 Monate Gefängnis).

Arbeit für die Arbeitslosen

Der Ortsauschuss des ADGB wandte sich dieser Tage an den Stadtrat Durlach und Ettlingen wegen Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen und Fürsorgeempfänger. Es muß überall mit ernstem Willen an die Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen herangegangen werden und ist der Ortsauschuss auch weiterhin bemüht, das Los der Erwerbslosen mit lindern zu helfen.

So hat dieser Tage eine Besprechung des Vorstandes und des Reichstagsabgeordneten Schöpplin mit dem Präsidenten der Oberpostdirektion hier wegen Arbeitsbeschaffung stattgefunden. Dem Vernehmen nach ist auch diese Behörde bemüht, nicht nur in Karlsruhe, sondern in ihrem ganzen Bezirk alle nur erdenkliche Arbeitsmöglichkeiten auszunutzen. Große Hemmnisse bietet auch hier, wie sonstig, die Finanznot. Der Ortsauschuss hält es aber für seine Pflicht, auch weiterhin alles aufzubieten, um die Durchführung von Notstandsarbeiten in die Wege zu leiten.

Ortsauschuss Karlsruhe des ADGB.

Konkurs der Schaffergilde

Ueber das Vermögen der Schaffergilde e. G. m. b. H. wurde nun doch der Konkurs eröffnet. Die Vermögensverhältnisse waren demnach erfolglos. Was für die Gilde bzw. ihre Mitglieder einen schweren Schaden bedeutet. Es dürfte nämlich nun das Eintreten auf das in einem Rundschreiben der Gilde an ihre Mitglieder hingewiesen wurde, nämlich: „Kommt der angekündigte Vergleich nicht zustande, dann verliert die Gilde das ihr von der Staatsdomäne bewilligte Recht zur Befriedung von rund 750 000 Quadratmetern Gelände und die heute vorhandene Waage bietet nicht einmal Dekana für die bevorstehenden Gläubiger; die Pfandrenten würden also kaum auf eine Ausschüttung rechnen können.“ Dies würde also gar nichts anderes als das Ende der Schaffergilde bedeuten.

Selbsttätige Warneinrichtung zum Schutz unbewachter Bahnübergänge

Die außerordentlich starke Zunahme des Kraftwagenverkehrs auf den Landstraßen und öffentlichen Bahnen hat, wie man schon oft in den Tageszeitungen lesen konnte, zu schweren Unglücksfällen an den Bahnübergängen dadurch geführt, daß Zusammenstöße zwischen Schienenfahrzeugen und Kraftwagen stattfanden. Der überwiegende Teil solcher Unglücksfälle ereignet sich an unbewachten Bahnübergängen, die nicht durch Schranken, sondern nur durch sogenannte Fernsignale in Gestalt von Warnleuchten geschützt sind. Aus dieser an sich recht betrüblichen Bestimmung muß abgeholfen werden, das ein solcher Schutz dem heutigen Verkehr keine ausreichende Sicherheit mehr bietet. Es erhub sich daher allgemein die berechtigete Forderung nach einer zuverlässigen Sicherung des Verkehrs an allen schienenförmigen Kreuzungen zwischen öffentlichen Kraftwagen und Schienenfahrzeugen. Diese Aufgabe wurde nun in der Weise gelöst, daß man selbsttätige Warneinrichtungen anbrachte, die von den Schienenfahrzeugen in Tätigkeit gesetzt werden und dem Wegüberwacher rechtzeitig zu erkennen geben, daß ein Fahrzeug sich dem Uebergang nähert.

Derartige Warneinrichtungen beruhen auf der Anwendung von Blinklichtern, die auf beiden Seiten des Bahnüberganges in angemessenen Abständen gut sichtbar angebracht sind. Näherlich ein Schienenfahrzeug dem Uebergang, so erscheinen an beiden Seiten desselben rote Blinklichter in Richtung der Straße, die etwa neunzig Mal in der Minute aufleuchten und erst dann wieder erlöschen, wenn das Schienenfahrzeug die Straße überquert hat. Zur Ueberwachung der Warneinrichtung durch den Führer des Schienenfahrzeuges werden auf dem Bahnkörper in beiden Richtungen Kontrolllampen angebracht, die in Abhängigkeit der Warneinrichtung geschaltet sind. Ein eventuelles Versagen der Warneinrichtung wird durch diese Kontrolllampen vom Führer sofort erkannt, so daß er rechtzeitig geeignete Vorkehrungen beim Passieren der Kreuzung treffen kann.

Die Befähigung der Warneinrichtung erfolgt in der Weise, daß die Blinklichter etwa 30 Sekunden vor Eintreffen des Fahrzeuges am Uebergang in Tätigkeit treten. Eine solche Warneinrichtung ist auch an der Kreuzung der Kleinbahn Karlsruhe-Durlach in der Nähe des Ortes Würsch probeweise eingebaut. Dieser Tage wurde nun diese Einrichtung von Vertretern der hierfür interessierten Behörden besichtigt und im Betrieb vorgeführt, die allerseitig großen Beifall fand. Es wäre nur zu begrüßen, wenn im Interesse der Sicherheit des Verkehrs bei gefährdeten Wegkreuzungen solche Warneinrichtungen allgemein Eingang finden würden, zumal in den letzten Monaten die Verkehrsunfälle an solchen Kreuzungen in erschreckender Weise zugenommen haben.

Die oben erwähnte Probeanlage wurde von der Firma Brown, Boveri u. Cie., A.-G. Mannheim-Käfertal erstellt.

(1) Philharmonisches Orchester. Wie uns das Philharmonische Orchester mitteilt, haben sich in der Zusammensetzung seines Vorstandes einige Veränderungen vollzogen. Der neue Vorstand besteht aus den Herren Emil Kuntz, 1. Vorsitzender, Ernst Anz, 2. Vorsitzender und Geschäftsführer Josef Bauer. Ausgeschieden sind die Herren Kurt Gub, Dirigent, 1. Vorsitzender Heinrich Müller und Geschäftsführer Gubler. Das Probeorchester befindet sich im Löwenhof in der Kaiserstraße, Telefon 4742.

Romantik und Wirklichkeit

Zur Karlsruher Notkundsgebung

Offener Brief

an die Herren Hh. Berl, Dr. S. Burte, Prof. S. E. Busse, Dr. Fr. Muelle, Dr. L. Ziegler

3. St. Karlsruhe.

Sehr geehrte Herren!

Gestatten Sie mir, einem Teilnehmer an der Karlsruher Notkundsgebung, Stellung zu nehmen zu dem, was Sie in Ihren Ansprachen und Notmanifesten zum Ausdruck gebracht haben. Es war doch wohl so gemeint: Sie selbst bekannten sich als geistige Menschen, forderten vom „Volk“, daß es sich wieder zum Geistigen bekennen solle und forderten für sich, daß Ihnen als geistigen Menschen die Möglichkeit gegeben werde, mitarbeiten zu können an der Gestaltung der öffentlichen Dinge. Sie riefen nach dem geistigen Raum, der die Willen des Geistes, die von Ihnen ausgehen, weiter tragen und den Empfängern — dem „Volk“ — zuführen solle. Sie beschworen das Göttliche, das Seelische, das Deutsche, Sie forderten Durchgeistigung der Wirtschaft und erkannten nicht, daß Sie einjam fanden, in einem Nebel von Romantik. Antikromisierung der Romantik — dies war der Hauptgedanke dieser Kundgebung, die mehr denn je auf dem Boden der Wirklichkeit hätte stehen sollen.

Damit ich nicht mißverstanden werde eine Feststellung zuvor: was da unter Händehüteln und Händeklatschen der Beteiligten als Rettung aus der Not gefordert wurde, nein, es war nichts Außerordentliches, nicht einmal etwas Besonderes, sondern für uns Sozialisten ein Selbstverständliches. Und eben deshalb konnten wir empfinden, was Sie vielleicht nicht empfinden haben, daß es gar nicht das Volk im weitesten Sinne war, an das Sie sich wandten, sondern ein — luftleerer Raum.

Die wahrhaften Opfer, die wahrhaft Opfernden, die wirklich Notleidenden dieser kriegerischen Zeit waren nicht unter Ihnen Zuhörern. Die wahrhaft Notleidenden — das deutsche Proletariat! — hätten es auch nicht verstanden, wenn Sie ihnen gesagt hätten, daß sie das Göttliche, das Seelische in sich befreiten sollten, wenn auch der Mensch dabei in Stücke geht, und wie die schönen Worte noch lauteten. Die bis aufs Blut Geißelten und Ausgebeuteten hätten sich wie ein Mann erhoben und unter Protest nach Bad Darsburg gewiesen, wo eben in dem Augenblick, in dem Sie, meine Herren, die Wirklichkeit verleugneten, Ihre Parteifreunde, Herr Dr. Burte, mit sich zu Rate gingen, wie sie das „Volk“, an das Sie sich beschwörend wandten, mundtot machen und verflauen könnten. Sie, meine Herren, hielten sich als eifrige Führer an das Redneramt und haben weder Tiefblick noch Mut genug, mit Menschen- und Engeltzungen gegen das drohende Verderben von Darsburg zu protestieren! Hätten Sie es getan, es wäre das wahrhafte Manifest der deutschen Not gewesen!

Kommen Sie nicht mit dem Einwand, daß Ihr Volk jenseits von Gut und Böse der Politik keinen Besitz habe. Es ist noch nicht zwei Jahre her, daß ein Dichter des Proletariats hier in Karlsruhe das Wort prägte, das Dichtung, das Kunst und Wissenschaft hohe Politik sei, eine Formulierung, der Sie, Herr Dr. Burte, bestimmt nicht widersprechen werden. Und dann gilt für die Darsburger Verschwörung bestimmt auch dies, daß dort Politik im engeren Sinne nur das Mittel darstellten soll, die Freiheit des Einzelnen, die dem Geistigen über alles gehen sollte, zu vernichten, den deutschen Arbeiter und damit das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu vernichten!

Es ist die Absicht dieses offenen Briefes, den Zauber der Romantik, der über der Notkundsgebung lag, zu zerstreuen. Wenn erlebens der Begriff „Volk“ bei Ihnen, meine Herren, begrenzt ist, wenn Sie darunter nur das Bürgertum in seinen verschiedenen Schattierungen verstehen, wenn Sie die deutsche Arbeiterkraft, die wahrhaft Notleidenden dieser Zeit, davon ausnehmen, dann war dieser Brief umsonst geschrieben!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Caon H. Joos.

Karlsruhe, Baden, 12. Oktober 1931.

Ein anderer sozialistischer Teilnehmer an der Notkundsgebung schreibt uns:

Was mir in den Reden der Herren Burte, Muelle und Ziegler auffiel, war das geringe Verständnis für die Ursachen der derzeitigen Not der Künstler. Uns hat doch die sozialistische Schule gelehrt, daß letzten Endes der Kapitalismus und seine alles zerstörende Entwicklung auch vor dem Künstler nicht Halt macht. Herr Dr. Muelle aber sprach von der alles Hobe niederreißenden Dämonie. Ja, was ist damit anzufangen? Die Wirtschaft nannte er einen Götzen, dem sich die Menschen verschrieben haben; wir nennen die Wirtschaft eine zeitgeschichtliche Entwicklung, deren schlimme Begleiterscheinungen wir bekämpfen müssen. Was will es dagegen heißen, wenn Muelle in der Festhalle sagte: „Rettung (aus dieser Dämonie) kann es nur geben, wenn wir den gottvermähten Geist wieder in seine Ehrenrechte einleiten“. Was ist mit einem solchen Sage anzufangen? Nichts! Tönende Phrasen!

Oder wenn Burte sagte: „Die gegenwärtige Not ist gemacht mit Listen und Schlichen.“ Wir sagen, der Kapitalismus und die Wirtschaft haben sie gemacht; wir kommen mit dieser Definition näher der Sache näher, als wie der politisch ganz rechts eingestellte Burte.

Dr. Ziegler (Ueberlingen) prägte folgende Sätze:

„Die Schuld des Geistes und der Geistigen liegt klar zu Tage. Statt unseres Volkes Mund zu sein, waren wir eines Tages bloß noch sein Gehirn. Des Geistes höchste Not entspringt seiner tiefsten Schuld. Aber auch das Volk trägt in sich eine Schuld, wo es schuldig ist, wo es den Anteil des Geistes an der Ordnung unserer Menschheitswelt leugnet, wo es sich den Gesetzen der Wirtschaft blindlings unterwirft.“

Zwingt die Wirtschaft, so fragen wir, nicht auch die Künstler, sich zu unterwerfen? Mag der Anteil des Geistes dabei groß oder klein sein, die Materie siegt und der Geist — hungert! Das ist die nüchternste Tatsache, vor der sich jeder Künstler verschließen. Würden sie mit uns kämpfen, mit der organisierten Arbeiterkraft den „Angeiß“, wie sie die kapitalistische Entwicklung nennen, zu bannen suchen, es würde für sie mehr herausbringen als Notkundsgebungen und Berzweckungsvereine, die leider bald verfallen und die Klutt zwischen ihnen und dem wirklichen Volk weiter bestehen lassen.

Man kann nur wiederholen: Mehr Wirklichkeitsstinn und andauerndes Studium der realen Gegenstandsverhältnisse, dann hört das Gerede von einer blind waltenden Dämonie im Wirtschaftsleben von selbst auf.

Kampf gegen Nahrungsmittelfälscher

Die Gewerbe- und Nahrungsmittelpolizei ist rege tätig — Milch mit 17 Prozent Wasserzusatz Süßenfrüchte mit Würmern

Im Monat September wurden 1163 Kannen Milch geprüft und 420 Proben zur Untersuchung erhoben. Davon mußten 22 Proben als gewässert, 21 als fettarm, 8 als schmutzig beanstandet

werden. Die Beanstandungen fallen den Produzenten zur Last.

Von den Gemeinden Föhlingen und Tiefenbach, Amt Bruchsal, wurde öfters gewässerte Milch hierher geliefert. Von den Beamten der hiesigen Nahrungsmittelpolizei wurden nun in Föhlingen 4 und in Tiefenbach 2 Landwirte festgesetzt, welche ihrer abgelieferten Milch bis zu 17 Prozent Wasser zuzusetzen pflegten.

Die Kontrollen von 133 hiesigen Milchhändlern während der Verkaufszeit ihrer Kundenmilch, ebenso die Kontrollen bei 72 Milchhändlern bezüglich der Reinlichkeit und Aufbewahrung der Milch ergaben keine Beanstandungen.

Bei den Kontrollen von 85 Lebensmittelgeschäften, 133 Bäckereien, 71 Metzgereien und 36 Wirtschaften wurden eine Reihe kleiner Mängel festgestellt.

Von Lebens- und Genussmitteln wurden im ganzen 65 Proben zur Untersuchung gebracht. Davon wurden beanstandet:

Butter, weil sie 29 Prozent Wasser enthält; Süßrahm, der sauer war; Milchbrötchen, weil zur Herstellung zu wenig Milch verwendet war; Süßenfrüchte, die von Würmern befallen waren; Leberwurst wegen zu hohen Wassergehalts; Fleischwurst wegen Stärkezusatz; Eier, die bereits verdorben waren; Kakao, der zu wenig Kakaozettel enthält; Malzkaffee wegen ungenügender Borkeimung; Wein, weil er faulig und muffig und deshalb ungenießbar war und Porzellan mit bleihaltiger, gesundheitsgefährlicher Glasur.

Ferner gelangten

76 Personen wegen Zuwiderhandlungen gegen wirtschaftliche und gewerbliche Gesetze und Verordnungen zur Anzeige.

Darunter ein Kaufmann und ein ehemaliger Milchhändler, sowie dessen Ehefrau wegen unerlaubten Milchhandels, 5 Gewerbetreibende wegen unerlaubten Warenverkaufs am Sonntag, 5 Gewerbetreibende wegen unlauteren Wettbewerbs, 1 Bäckermeister, welcher das Roggenbrot nicht mit der Gewichtsangabe versehen hatte, 1 Wirt wegen unerlaubter Fleischeinfuhr, 1 Waffenhändler wegen Vergehens gegen das Gesetz über die Schusswaffen und Munition, 2 Gewerbetreibende wegen Vergehens gegen die Arbeitszeitbestimmungen

Typographia-Konzert

Volkstied im Munde der Völker. Volklieder Melodien der verschiedensten Völker. Mitwirkende: Frau Biesell-Lutz, Opernsängerin. Früher dramatischer Sängerin am Stadttheater Danzig. Herr Martin Spengler, Violino. Chor des Vereines. Leitung: Arthur Herbold, Gesangsdirigtor. Vorverkauf: Musikalienhandlung Fr. Tafel, Kaiserstraße, Volkstheaterhandlung, Waldstraße, Zigarrenhaus Fritz Töpfer, Ruppurrer Straße, Buchhandlung Eisele, Werderplatz, sowie im Vereinstokal Hotel Goldener Adler, Karl-Friedrich-Straße.

anl. des 66. Stiftungsfestes
Samstag, 17. Oktober 1931
abds. 8¹⁵ Uhr, Städt. Felthalle

Eintritt 60 Pfg. / Reinertrag ist für Arbeitslose im Buchdruckgewerbe!

